Dienstag, 20. Dezember 1921 * 50. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 40 Pf.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 586
Ausgabe B Nr. 291

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Besprechungen in London.

Der angebliche Plan Lloyd Georges.

Eine „Politik des Friedens". — Revision des Reparationsplanes. — Reduzierung der deutschen Verpflichtungen. — Interessengemeinschaft zwischen England, Frankreich und Deutschland.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 20. Dezember.

Ueber die Unterhaltung in London teilt Millet im „Petit Parisien" mit: Das erste Wort, das Lloyd George sagte, war der Rat, daß Frankreich und England vorläufig keine Hilfe von Amerika erwarte, sondern selbst an die Lösung des europäischen Problems gehen sollte. Da Briand der gleichen Meinung war, wurden zunächst alle nicht dringenden Fragen ausgeschaltet. Die Prüfung der russischen Verhältnisse und die Möglichkeit ihrer Besserung wurde dem Minister Loucheur, dem Schatzkanzler Horne und Sir L. Worthington Evans übergeben, die Mittwoch früh ihre Vorschläge machen werden. Lloyd George und Briand selbst machten sich darauf an die Prüfung der weiteren europäischen Angelegenheiten, die nach den Wünschen Lloyd Georges „endgültig und vollständig" sein soll. Um dieses ungeheure Ziel zu erreichen, schlägt Lloyd George eine Politik des Friedens vor, deren Grundzüge Millet in folgender Weise definiert:

1. Die Wiedergutmachung. England will eine Revision des ganzen Problems, die von den deutschen Verpflichtungen eigentlich nur die Schulden bestehen läßt, die mit den zerstörten Gegenden zusammenhängen. Um den Handel wieder in gute Bahnen zu bringen, will England auf seinen Anteil an der Wiedergutmachung verzichten. Für die Einbuße Frankreichs soll als Ersatz den Franzosen die Priorität für den Wiederaufbau zugestanden werden, die ihm im Vertrag von Versailles verweigert wurde.

2. Abrüstung zu Lande und Sicherung Frankreichs. Lloyd George hat den Wunsch, durch einen klaren und durch Garantien gesicherten Vertrag ein Abkommen zu schaffen, das nicht nur England und Frankreich, sondern auch Deutschland und vielleicht auch Italien zu einer Art von Interessengemeinschaft zusammenschließt. Um eine Neutralität am Rhein, so wie sie der Friedensvertrag vorschlägt, zu sichern, sollen die genannten Mächte sich verpflichten, gegen jede Macht oder jede Mächtegruppe militärisch vorzugehen, welche diese Neutralität verletzen will. Lloyd George glaubt, daß die nächste Folge dieses Abkommens die Zurückziehung der Besatzungstruppen, die noch jenseits des Rheins stehen, sein wird. Das „Petit Journal" bezeichnet den Gedanken des Garantieabkommens zwischen Frankreich, England und Deutschland als ein törichtes Gerücht.

3. Der Friede im Orient. Der englische Plan sieht eine Vermittlung vor, die Kleinasien und Smyrna ein Regime nach dem Muster des Freistaates Danzig vorsieht und für den Schutz der christlichen Minderheit sorgt. Die Minister des Aeußeren von Frankreich, England und Italien sollen über die Einzelheiten im Januar beraten.

4. Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland. England glaubt, daß es möglich ist, die Sowjetregierung anzuerkennen, nachdem sie sich dazu bereit erklärt hat, die Verpflichtungen der früheren Regierung zu übernehmen, und daß es weiterhin angängig ist, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands gemeinsam zu beginnen.

Der „Petit Parisien" meldet weiter: Briand werde darauf bestehen, daß ein Bündnisvertrag zwischen England und Frankreich abgeschlossen werden muß, der eine Unterstützung Frankreichs zu Lande und zu Wasser in bindender Form vorsieht. Ehe das geschehen sei, könnten Maßnahmen zur Räumung des Rheingebietes nicht erwogen werden. Wenn diese Voraussetzung erfüllt sei, wird Briand, wie Millet glaubt, in einzelnen Punkten seine Bedingungen zu stellen haben. Ueber die Bedingungen Frankreichs für die Zahlungsverpflichtungen wird heute eine besondere Note überreicht werden, die diese Bedingungen enthält: Das Recht der Kontrolle für das Garantiekomitee, die Unabhängigkeit der Reichsbank und eine Verpflichtung Deutschlands zur Einschränkung seiner Ausgaben. Es ist fürwahr kein Zufall, daß in unmittelbarem Zusammenhang damit gesagt wird, Dr. Rathenau habe gestern nachmittag dem Schatzkanzler Robert Horne einen Besuch gemacht und daß für heute vormittag 11 Uhr eine zweite Konferenz angesetzt, für welche Horne und Loucheur ihre Berichte fertiggestellt hätten.

Der „Matin" und das „Echo de Paris" geben die großen Linien der englischen Pläne ungefähr ebenso wieder, wie der „Petit Parisien". Sie heben die Bedingung der Finanzkontrolle, die Deutschland auferlegt werden soll, schärfer hervor. Pertinax definiert im „Echo de Paris" die Art, wie Deutschland dazu gebracht werden soll, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Das Budget muß durch Verringerung der Ausgaben, Erhöhung der Einnahmen ins Gleichgewicht gebracht werden. Die Reichsbank müsse das Recht erhalten, sich der Ausgabe von Banknoten zu widersetzen. Wenn es nötig ist, müsse Deutschland ein innere s Moratorium einführen, in der Art, wie es Frankreich nach seiner Niederlage getan hat. Die Kapitalflucht müsse verhindert, die fremden Devisen zentralisiert werden. Die Alliierten müßten das Recht erhalten, den deutschen Zolldirektor zu ernennen. Pertinax schreibt, das seien einige von den notwendigen Forderungen. Da seine Meinung bekannt ist, darf man annehmen, daß er mehr seine eigenen Gedanken als die Absichten der Regierung wiedergegeben hat. Der „Matin" spricht die Meinung aus, daß die Notwendigkeit der Kontrolle auch in England begriffen wird.

Ein Havas-Telegramm **dementiert das Gerücht, daß an irgendein Abkommen zwischen England, Frankreich und Deutschland** gedacht werde. Es liege keineswegs in der Absicht von Briand und Lloyd George, sich mit den Vertretern des Deutschen Reiches zu unterhalten, gleichviel, wer sie seien. Die beiden Regierungen hätten genug andere Probleme zu verhandeln, die nicht durch deutsche Fragen noch mehr kompliziert werden dürfen. Das Gerücht sei wahrscheinlich durch die Anwesenheit Dr. Rathenaus entstanden. Der Aufenthalt Rathenaus solle aber nur zufällig mit der Konferenz zwischen Briand und Lloyd George zusammen. Dieses Dementi steht in der hier wiedergegebenen scharfen Form nur im „Echo de Paris".

Die Londoner „Präliminarverhandlungen".

Entscheidung in einer Vollsitzung des Obersten Rats Mitte Januar.

London, 20. Dezember. (W. T. B.)

Reuter zufolge wird in gut unterrichteten Kreisen darauf hingewiesen, daß die Unterredung zwischen den beiden Premierministern zu keinerlei endgültigen Beschlüssen führen könne. Der größte Wert liege jedoch in dem Austausch der britischen und französischen Ansichten. Das gesamte Gebiet der Politik der Alliierten werde erörtert werden, um den Boden vorzubereiten und **eine Grundlage für die Erörterung in einer Vollsitzung des Obersten Rates unter Teilnahme Italiens und Belgiens zu schaffen.** Es sei möglich, daß auch der griechisch-türkische Konflikt berührt werde.

„Westminster Gazette" zufolge bestand Briand in seiner gestrigen Erörterung mit Lloyd George auf der Bezahlung der Januar- und Februarraten. „Westminster Gazette" hält es für möglich, daß Frankreich aus den 50 Millionen Pfund Sterling der Reparationskommission, von denen England einen beträchtlichen Teil beanspruht, für den Fehlbetrag entschädigt werden könnte. England sei bereit, Frankreich, soweit der englische Anteil an den Reparationen in Betracht komme, entgegenzukommen. Lloyd George sei bestrebt, mit Briand über die künftigen Reparationszahlungen zu einem Uebereinkommen zu gelangen. **Die britische Regierung sei der Ansicht, daß Deutschland die gesamte Forderung nicht bezahlen könne und daß eine Abänderung der alliierten Reparationsforderungen stattfinden müsse.**

„Manchester Guardian" zufolge wird irgendeine Art von teilweisem oder vollständigem Moratorium für unvermeidlich gehalten.

Paris, 20. Dezember. (W. T. B.)

Wie dem „Petit Parisien" aus London berichtet wird, hat Dr. Rathenau gestern abend Sir Robert Horne einen Besuch abgestattet.

Die Rückfragen.

Es scheint, daß die Beantwortung der von der Reparationskommission an die deutsche Regierung gerichteten Rückfragen längere Zeit in Anspruch nimmt, als anfangs angenommen wurde. Das mag mit den gegenwärtigen Londoner Verhandlungen zusammenhängen, an denen Walther Rathenau teilnimmt, aber es erscheint auch sonst, bei der ganzen Art der Fragestellung, sehr erklärlich. Die Pariser Blätter, die den französischen Text der Kommissionsnote veröffentlicht haben, sind jetzt hier eingetroffen. Man kann so konstatieren, daß bei der Stilisierung der Note nicht, wie es zuerst hieß, Schärfen vermieden worden sind. Die Form des Schriftstückes ist, wie wir schon gesagt haben, nicht unbedingt ein Muster liebenswürdiger Höflichkeit. Wichtiger aber sind natürlich die drei Fragen selbst. Wir verstehen nicht ganz, warum die Reparationskommission die Frage nach der Höhe der Zahlungen, zu denen die deutsche Regierung bereit sei, aufgeworfen hat. In der Note des Reichskanzlers Dr. Wirth vom 14. Dezember heißt es ja ausdrücklich: „Selbst bei aller Anstrengung und unter Nichtachtung ihrer budgetären Lage wird die deutsche Regierung für diese Termine außer dem Wert der Sachleistungen und der Gutschrift aus dem Recovery Act nicht mehr als ungefähr 150 bis 200 Millionen Goldmark aufbringen können." Damit ist doch die erste der Rückfragen eigentlich bereits beantwortet. Es bliebe nur noch zu sagen welcher Teil dieser angegebenen Summe am 15. Januar und welcher am 15. Februar auszahlbar wäre. Erheblich schwieriger dürfte die Beantwortung der zweiten Frage sein — der Frage, wie lange die Stundungsfrist währen solle. Ein Beschluß darüber hängt unseres Erachtens wesentlich von der weiteren Gestaltung des ganzen Reparationsproblems ab. Es ist ja ganz klar, daß die Stundungsfrist um so kürzer sein kann, je mehr die Gesamtbelastung, die sich aus den Reparationsverpflichtungen für Deutschland ergiebt, erleichtert wird. Herr Wirth hatte in seiner Note offen darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung „bei den nächsten folgenden Raten gleichfalls mit Schwierigkeiten zu rechnen haben" werde, und schon daraus ergibt sich unserer Meinung nach, daß die Bemessung der Aufschubsdauer von der Lösung des ganzen Problems kaum zu trennen ist. Bleibt noch die dritte der Rückfragen, die Frage nach den Garantien. Sie wird vermutlich gegenwärtig in London erörtert, und man tut wohl gut, zunächst abzuwarten, ob sich aus diesen Besprechungen ein bestimmter Vorschlag ergeben wird.

Die Vergewaltigung der Minderheiten in Polen.

Die papierene Verfassung. — Sondergesetze gegen die Deutschen. — Ponikowskis Posener Rede.

Von unserem Korrespondenten

Wilm Stein.

Warschau, 18. Dezember.

Herr Olszowski, der polnische Kommissionsvorsitzende bei den deutsch-polnischen Verhandlungen, hat Herrn Calonder und dem deutschen Vorsitzenden Schiffer französische Texte der polnischen Verfassung überreicht, in denen vermutlich die Paragraphen 95 ff. und 113 ff. rot angestrichen sind. Dieser Verfassungstext soll für die Debatten über den gegenseitigen Minderheitsschutz polnischerseits dokumentieren: „Schaut, so glänzend sind bei uns die deutschen Bürger behandelt und mit nationalen Rechten ausgestattet — nun macht's, bitte, ebenso!" Man muß annehmen, daß Herr Olszowski in gutem Glauben gehandelt hat; denn sonst wäre es zumindest unverständlich. Da die Kenntnis der polnischen Sprache in der Welt wenig verbreitet ist, lief er nicht Gefahr, daß man ihm als Antwort den Leitartikel eines Warschauer Blattes aus den gleichen Tagen auf den Tisch legte, dessen zweiter Satz lautet: „Wir unterstreichen dauernd, daß unsere Verfassung nur auf dem Papier steht, daß nichts getan ist, um sie ins Leben zu führen." Die polnische Verfassung ist ein hervorragendes Werk, das seinen Urhebern alle Ehre machen würde — wenn man sie innerlich wirklich als grundlegendes Gesetz Polens ansähe. Tatsächlich gibt man jedoch dauernd Auslegungs-, Zusatz- und Ergänzungsgesetze, die in krassem Widerspruch zu dem in ihr dokumentierten, in Polen aber leider nicht herrschenden Geiste stehen.

Der Wortlaut der Verfassung rechnet mit der Sachlage, wie sie wirklich ist: Polen ist ein Nationalitätenstaat mit einer runden Zweidrittelmehrheit von Bürgern polnischen Stammes. Die gesamte übrige Gesetzgebung (für das praktische Leben die wichtigere und entscheidende) beruht dagegen auf der Autosuggestion, der polnische Staat mit neun Millionen Juden, Ukrainern, Deutschen, Weißrussen, Russen und Litauern sei ein reiner polnischer Nationalstaat; und die Ausführungsbehörden kennen sogar nur in verfehlten historischen Reminiszenzen die säuberliche Scheidung: den Polen die Rechte der Vollbürger — den nationalen Minderheiten die Rechtlosigkeit der Heloten. Die Verfassung ist der glitzernde Mantel, mit dem vor der Welt die schadhaften Stellen im Kleide verdeckt werden. Vielleicht wird sie einmal — trotz der Zweifel mancher polnischer Kreise — etwas Lebendiges werden und soweit Kraft erlangen, als nicht besondere Ausnahmegesetze oder Ausführungsbestimmungen das unmöglich machen. Daß derartige Gesetze und Bestimmungen sich letztlich häufen, läßt sogar hoffen, daß noch die lebende Generation diese Zeit erblicken wird. Den nationalen Minderheiten in Polen kann das freilich nicht viel Trost bieten; denn eben zwischen sie und die ihnen in der Verfassung zugesicherten Rechte schiebt sich der dunkle Wall der Sondergesetze und die Tolerierung einer Verwaltungspraxis der unteren Behörden, die mehr als manches andere beweist, wie tief sich die Maximen der zaristischen Verwaltungskunst in Warschau eingeprägt haben.

Ehe das jetzige konstituierende Parlament sich auflöst und damit grundsätzlich die Verfassung in Kraft treten kann, wiederholt sich in Polen in eleganteren, aber nicht weniger wirksamen Formen ein schon einmal gespieltes Spiel. Vor Errichtung des Staates an bis zur ungern geleisteten Unterschrift der Konvention mit den Ententemächten über den „Minderheitenschutz in Polen" ließ man jeden Dorfschulzen und jeden sonstigen kleinen Machthaber nach Belieben die Deutschen drangsalieren, aus ihrem Hause, aus Schulen und Kirchen vertreiben; in der gleichen Zeit häuften sich die Gewalttätigkeiten minderen und besseren Pöbels und unbeaufsichtigter Soldaten gegen die Juden, die dann in Lemberg sogar zum Pogrom führten; die Ukrainer bekämpften man wieder regelrecht mit Feuer und Schwert als Insurgenten. Und der Erfolg war: Einschüchterung, Verdinnung, Verdrängung der Minderheiten. Heute sind die Methoden, die den gleichen Erfolg anstreben, feiner geworden: die Ukrainer werden wegen „staatsfeindlicher Umtriebe" verhaftet, bei den Juden wendet man Zeitungsverbote und kleinere Schreckmittel an. Bei den Deutschen werden auf Grund eines Sondergesetzes, das den Friedens- und Minderheitenschutzvertrag in seiner Weise interpretiert, die Optionsrechte beschränkt; es wird weit mehr an ländlichem Besitz „liquidiert", als der Versailler Vertrag festsetzt, gegen die Pächter werden alle Rechte, aber keine Pflichten des preußischen Staates übernommen. Und wo das alles noch nicht reicht, wenn sich sogar immer noch von einigen vierzig deutschen Zeitungen vier oder fünf erhalten — dann kommen ministerielle Drohungen und Ausnahmegesetze, die sich gegen Ukrainer und Weißrussen, gegen Juden und Deutsche in gleicher Weise wenden lassen.

Man schafft zum Beispiel ein „Antikommunistengesetz", bei dem es sich aber nicht um ein Ausnahmegesetz nur gegen Kommunisten handelt, sondern um ein Gesetz „zur Bekämpfung staatsfeindlicher Umtriebe" und um ein Gesetz, das den unteren Ausführungsorganen volle Freiheit läßt, was ihnen immer behagt, als „staatsfeindlich" zu behandeln, das außerdem schon Maßnahmen vorsieht gegen „jeden, der staatsfeindlicher Umtriebe verdächtig erscheint", ein Gesetz, das nicht nur gegen Personen, sondern auch gegen Vereine, Zeitungen usw. angewendet werden kann. Man kann sich ohne weiteres den Vers darauf machen, welche Aussichten sich hier für die Minderheiten eröffnen. Wer aber nicht befürchtet, daß es eine Hand-

habe gegen das nationale Leben der Minderheiten sein kann, der findet in einem Warschauer Blatte in Gedankenverbindung zwischen diesem Gesetz und der Posener Rede Ponikowskis gegen die deutschen Mitbürger ausdrücklich bemerkt, die Deutschen würden nun verstehen, „daß die polnischen Exekutivbehörden entschlossen sind, ohne Rücksicht auf die Drohungen der Berliner Presse(!) jeden Deutschen in Polen zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen, der gegen den polnischen Staat konspiriert." Unter diesem „Konspirieren" ist in diesem Falle der Appell der deutschen Minderheit an den Völkerbund verstanden, an die Instanz, die sich vertragsgemäß zum Schutze der durch die Entente von Polen verlangten, verbrieften Minderheitsrechte verpflichtet hat.

Ponikowskis Posener Rede gegen diesen Appell war in mancher Hinsicht lehrreich. Täuscht man sich nicht über den Ernst, den er sonst in seinen Kundgebungen und Maßnahmen zeigt, so kann man vielleicht hoffen, daß ihm nicht dauernd verborgen bleibt, daß es eine bessere und staatsweisere Minderheitenpolitik gibt als die Ausrottung und Entrechtung. Ein Blättern in der polnischen Geschichte müßte die Behauptung unmöglich machen, daß die Deutschen hier „Eindringlinge" seien; denn viele Hunderttausende in allen Gegenden Polens wurden vor Jahrhunderten ins Land gerufen — und heute zeigt die Lodzer Industrie, die größte und reichste Industrie Polens, was sie für das Land geleistet haben, ebenso wie ihre Städtesiedlungen, ihre Bauten, Kunstwerke und vieles andere mehr. Will man nicht in die Geschichte gehen, so gehe man ins ehemals preußische Gebiet, durch dessen schöne Städte mit fleißiger und ordentlicher Arbeit und Verwaltung man jetzt so gern alle Fremden führt, die Polen besuchen. Ponikowski stellte in seiner Posener Rede fest, „daß die Spuren der deutschen Zeit verschwunden seien" — die Straßen und die Gebäude Posens sprechen eine andere Sprache!

Die polnische Politik gegen die Minderheiten erreicht nichts als steigende Erbitterung bei einem runden Drittel der polnischen Bürger. Sie wird unter dem Druck der chauvinistischen Strömungen trotz Betonung und Beweises des Willens zu loyaler Mitarbeit am Polenstaate fortgesetzt, ob sie dem Minderheitenschutzvertrag entspricht oder nicht. Sie wird auch fortgesetzt gegen den Wortlaut der polnischen Verfassung. Beide statuieren beispielsweise die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, gleiche bürgerliche Rechte und Pflichten. Tatsächlich aber empört sich die polnische Oeffentlichkeit bei dem Gedanken, es könnten im ukrainischen Gebiete Beamte verwendet werden, die sich bei der Volkszählung nicht als Polen bezeichneten. Und tatsächlich zwingt man bei den Kommunalwahlen die Kandidaten der Minderheiten zu einer peinlichen Prüfung auf ihre Kenntnisse in der polnischen Sprache — obgleich es Sache der Wähler wäre, ob sie sich zweckmäßig oder unzweckmäßig vertreten lassen wollen. Nach Belieben kann man Beispiele durch viele Spalten häufen, die zeigen, wie die Rechte der nationalen Minderheiten in praxi trotz der Verfassung gebeugt werden, um aus Polen unter Beibehaltung seines Umfanges einen künstlichen „Nationalstaat" zu machen.

Wenn man jetzt in Oberschlesien und später in Genf über den Schutz und die Rechte der nationalen Minderheiten in Polen und in Deutschland spricht, sollte man nicht den Text der polnischen Verfassung lesen, sondern die Stimme der hier lebenden Minderheitsmillionen hören. Selbst in deren Presse, die immer unter dem Druck der Beschlagnahme und des Verbotes lebt, kann man auf die viel gebrauchte polnische Wendung, daß Polen keine „preußischen Methoden" gegen die Minderheiten anwende, die Entgegnung lesen: „es wäre uns wirklich lieber, wir würden von der polnischen Regierung mit jogenannten „preußischen Unterdrückungsmethoden" regiert als mit „traditioneller polnischer Toleranz"; dann würden wir besser fahren.

---

* Die Ratifikation des **Optionsvertrages mit Danzig,** der am 8. Dezember 1920 abgeschlossen wurde, ist nunmehr erfolgt. Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 17. Dezember stattgefunden. Die Optionsfrist läuft am 20. Januar 1922 ab.

* Die jugoslawische Gesandtschaft in Berlin teilt uns mit: Der Optionstermin auf Grund des Friedensvertrages von Trianon für jene Personen, welche aus den genesenen ungarischen Gebieten, die jetzt zum Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen zugefallen sind, stammen, läuft am 26. Januar 1922 ab. Näheres ist bei der Gesandtschaft Berlin, Augsburger Straße 27, zu erfahren.

Bedingte Zustimmung Frankreichs zu dem amerikanischen Abrüstungsplan.

Aufrechterhaltung des Widerstandes in der U-Boot-Frage.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 20. Dezember.

Die Schwierigkeiten in Washington, die durch Frankreichs Widerstand in der Flottenabrüstungsfrage entstanden sind, scheinen zum Teil behoben worden zu sein. Briand und Sarraut haben an Briand telegraphiert, ob sie gegenüber der geschlossenen Haltung der anderen Mächte den vom Staatssekretär Hughes vorgeschlagenen Abrüstungsmodus annehmen sollten. Briand hat gestern unmittelbar nach seiner Ankunft in London den amerikanischen Botschafter empfangen und ihm gesagt, daß Frankreich das von Hughes vorgeschlagene Abrüstungsverhältnis annehme. Daß mit dieser Annahme auch die Frage der Unterseeboote erledigt ist, ist nicht anzunehmen. Balfour hat nach den Berichten in den französischen Zeitungen verlangt, daß der Bau von U-Booten vollständig eingestellt wird. Dieser Antrag hat in Frankreich lebhafte Entrüstung und starken Protest hervorgerufen. Besonders eine Bemerkung im „Daily Chronicle" vom 17. Dezember wird im Ton beleidigter Abwehr zurückgewiesen. Dieses Blatt schließt einen Artikel mit den Worten: Wie können wir finanzielle Abmachungen zugunsten Frankreichs treffen, wenn wir Grund zur Annahme haben, daß gewisse Zugeständnisse zu unserem eigenen Schaden ausfallen könne, zum Beispiel der Bau von U-Booten, der die Sicherheit unserer Flotte bedroht?" Die französischen Zeitungen antworten darauf ziemlich übereinstimmend, daß ein so „törichter Vorwurf" noch niemals in einer englischen Zeitung erhoben worden sei; selbst der Haß gegen die U-Bootwaffe könne derartige Angriffe gegen den Verbündeten nicht rechtfertigen.

Der „Temps" teilt mit, Frankreich nehme den Vorschlag des Staatssekretärs Hughes nur hinsichtlich der Großkampfschiffe an, für die kleineren Schiffe, die nach Frankreichs Auffassung im wesentlichen Defensivcharakter haben — Kreuzer und Unterseeboote —, hält Frankreich an seinem Programm fest. So sei es im letzten großen Ministerrat vor Briands Abreise beschlossen worden. Der „Temps" fügt hinzu, die Frage, warum die französische Delegation in Washington bestimmte Forderungen gestellt und warum der Ministerpräsident nach seiner Ankunft in London einen Teil dieser Forderungen aufgegeben habe, läßt sich im nationalen Interesse vorläufig nicht in der Oeffentlichkeit diskutieren. Das klingt sehr geheimnisvoll, wird aber wohl mit dem begreiflichen Wunsch Frankreichs zusammenhängen, sich in der Abrüstungsfrage nicht noch mehr zu isolieren. Der „Temps" sucht außerdem nachzuweisen, daß die Allianz Frankreichs mit England zum Schutze gegen „deutsche Angriffsabsichten" eigentlich bereits bestehe, und zwar nach den Artikeln 42, 43 und 44 des Friedensvertrages. In diesen Paragraphen wird bestimmt, daß Deutschland die Befestigungen des linken Rheinufers aufheben muß, und ein Zuwiderhandeln als feindseliger Akt gegen die Signatarmächte erklärt.

Das Programm des neuen belgischen Kabinetts.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

X Haag, 20. Dezember.

Die Regierungserklärung, die im belgischen Parlament von der neuen Regierung Theunis abgegeben werden wird, sagt unter anderem, die Regierung werde die Mittel zur Wiederherstellung Belgiens durch Einführung neuer leicht zu erhebender Steuern aufbringen. Weiter wird gesagt, daß das neue Heeresgesetz auf mehrere Jahre genügen werde. Hinsichtlich der flämischen Frage wird sehr wenig mitgeteilt; die Entscheidung, ob die künftige Hochschule in Gent flämisch oder französisch sein soll, wird dem Parlament überlassen. Ueber die Außenpolitik wird dargelegt, daß die Besprechungen mit Frankreich über den Abschluß von Zollverhandlungen wieder aufgenommen werden. Ueber die Beziehungen zu Holland wird gesagt, die belgische Regierung sei bestrebt, eine wirtschaftliche Regelung, die sowohl für Holland als auch für Belgien nützlich wäre, zustande zu bringen. Belgien wolle die Besprechungen mit Holland wieder aufnehmen, um den schwebenden Fragen sobald wie möglich ein Ende zu machen.

Die Auseinandersetzung mit dem mecklenburgischen Herzogshause.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

✻ Neustrelitz, 20. Dezember.

Der Vertrag zwischen dem Freistaat Mecklenburg und der großherzoglichen Familie von Mecklenburg-Strelitz ist jetzt vom Landtag nach mehr als zweijährigen Verhandlungen verabschiedet worden. Die Rechtsansprüche sind auf beiden Seiten nicht geklärt worden, weshalb zu einem Kompromiß geschritten wurde. Gegen die Hergabe von Stolpe wird den großherzoglichen Erben das Gut Hohenzieritz und das Gut Zippelow sowie die Forst Schwanheide mit Rosenholz überlassen. Schloß Hohenzieritz und die Hohenzieritzer Mühle fallen an den Staat, der sich verpflichtet. Schloß und Park Hohenzieritz in einer der Ueberlieferung entsprechenden Weise zu erhalten und alles zu unterlassen, was mit dieser Tradition unvereinbar ist. Der Staat zahlt weiter binnen einem Monat nach erfolgter Genehmigung des Vertrages durch den Landtag an die Frau Kronprinzessin Militza von Montenegro wegen ihres rechtlichen Mitgiftanspruches fünf Millionen Mark und wegen der ihr infolge Wahrnehmung ihrer Interessen entstandenen Unkosten 0,2 Millionen Mark. Es erfolgt ferner eine einmalige Zahlung von 5 800 000 Mark gegen Fortfall des Rechtes auf Zinsgenuß aus einer Summe von 6 800 000 Mark an die Erben, die Rückerstattung von Steuern im Betrage von 1 750 000 Mark und eine Zinszahlung von 427 000 Mark aus dem Blinden Hausschatz. Prinz Julius Ernst zur Lippe erhält das Blockhaus Waldsee mit einem Areal von 75 Morgen und den Schulzensee und das Recht der Jagdausübung in der Lüttenjagener Forst. Für die Lebensdauer der Frau Großherzogin Elisabeth liefert der Staat die elektrische Lichtanlage im Schloßbezirk bis zur Höchstgrenze von 4000 Kilowattstunden pro Jahr in das von ihr benutzte Parkhaus. Bezüglich des Blinden Hausschatz hat der Staat an die Familienmitglieder keine weiteren Leistungen zu bewirken, so daß die Familienmitglieder sich über die etwaigen besonderen Rechte des einzelnen, insbesondere der Frau Prinzessin zur Lippe, untereinander zu verständigen haben. Sämtliche Erben sollen sich bezüglich der Auswahl der Einrichtungsgegenstände größte Beschränkung auferlegen; die meisten Gegenstände sind von der großherzoglichen Familie bereits dem Landesmuseum überwiesen worden, über das Familienmuseum sollen besondere Vereinbarungen getroffen werden. Schließlich erhält die Kronprinzessin Militza von Montenegro, weil sie sich im Auslande neu einrichten muß, den Betrag von einer Million Mark innerhalb eines Monats. Alle Gelder werden aus der Staatsschatzverwaltung gezahlt.

Der Weihnachtsvorschuß für Beamte.

Im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten wies vor Eintritt in die Beratung des Beamtengesetzes Abg. Delius (Dem.) auf die Zeitungsnachrichten hin, wonach den Beamten ein Vorschuß auf ihr Gehalt bezahlt werdmen solle.

Regierungsrat Schilling (Reichsfinanzministerium) erklärte hierzu: Es ist seitens des Reichsfinanzministeriums sämtlichen Reichsressorts telegraphisch mitgeteilt worden, daß an die verheirateten Beamten und an diejenigen Beamten, die Familienangehörigen im eigenen Hausstand Unterhalt gewähren, in den Orten der Ortsklassen A und B, soweit diese durch das unlängst verabschiedete Ortsklassenverzeichnis keine höhere Einstufung als bisher erfahren haben, das am 1. Januar 1922 fällige Gehalt in den Grenzen eines Monatsbetrages auf einen der Zahlstelle gegenüber zu äußernden Wunsch des Beamten sofort zur Auszahlung gelangen kann. Das gleiche gilt für die Angestellten der Reichsverwaltungen.

Der Vorsitzende Abg. Deglerf (Deutschnatl.) faßte hierauf die Meinung des Ausschusses dahin zusammen, daß die Maßnahme der Vorschußzahlung, die ganz einseitig lediglich den Beamten und Angestellten der Ortsklassen A und B zugute käme, wegen dieser Unvollständigkeit die Billigung des Reichstagsausschusses für Beamtenangelegenheiten nicht finden könne.

Das russische Gastspiel.

Theater in der Königgrätzer Straße.

I.

Erst in der zwölften Stunde schloß das letzte Bild aus Dostojewskis Gigantenerzählung von den Brüdern Karamasoff. Bild? Der letzte Bildsetzen.

Rund acht waren es. Vom Vorleser oft unterbrochen. Er saß links vorn auf der Bühne: den Zusammenhang erklärend; mitten in die Auftritte sprechend. Wie ein erneuter Barde väterischer Zeit.

Die Schauspieler blieben, wenn er hineinsprach, fast in Dornröschenstarrheit.

Und alles das hat — weil es ganz treuherzig ist und ganz offenmütig und ganz unverhüllt — eine ungeheure Wirkung nicht gehemmt. War es Barbarei? Jawohl. Und war es große Kunst? Jehnmal jawohl.

Diesen Abend wird keiner vergessen.

II.

Dabei ist es offenkundig nur ein Ueberbleibsel von Größerem. Nur ein Rest vom Stanislawski. Nur zerhauchter Nachhall einer unwechselbaren Stimme.

Zwischen gleichbleibende Wände von Stoff sind mal ein paar Stühle gestellt und ein Schrank; mal ein Sofa und eine Kommode; mal ein Bett und ein Tisch; mal Grundlagen eines Prozeßraumes.

Aber nicht expressionistelnd-stilhaft-glossenreich-symbolhaltig-wortlaut . . . sondern still und schlecht- und- recht und wochentagswirklich. Dennoch wird, was darin vorgeht, überlebensgroß. Und Alle betreffend.

Man sieht also nicht ein „Drama aus", vielmehr „Ansichten zu" einem Roman. Menschlich bewegte Beduten. Mit einer Welt voll Ruhe, Ruhland, Zuständlichkeit . . ., und einer Welt voll Alldruck, Ekstase, Seelenbrunst.

Ja, es ist voll Barbarei — und zählt zum Erschütterndsten.

III.

Nur diese Berlentheit (einer jetzt zerstreuten Truppe) schafft so tief Eindrücke des Miterlebthabens; des Geschehenseins; des kaum noch Theaterhaften. Da stehn Geschöpfe von gelockertem Seelenbau — nicht Schauspieler.

Doch sind sie zugleich Schauspieler im Sinn von heiligen Technikern . . . mit geschlossenem Arbeitsernst.

Das ist die Kunst von Japanern, von München, von Fra-Angelico-Kerlen, von Sprachhämmerern. Von Siegern.

Hier in einer Gesamtheit lebend; der Einzelne versinkt.

IV.

Nicht der einzelne Katschalow ist wesentlich, als der skeptischste von den Brüdern, im vorletzten Bild, einem Nachstück; wenn er in höchster Ueberhitzung des Menschengefühls fast eine halbe Stunde vor sich redet, bei Kerzenlicht; auf den Stuhl steigt; ins Nichts hineinerörtert: sondern der Anbahner dieser Dinge bleibt wesentlich.

Neben ihm der Ausführer — der sie . . . nicht gestört hat; der sie . . . nicht durchsetzen half, sondern möglich sein ließ.

Engel und Teufel! Vorbedingung zu solchem Tun ist eine gewisse Heiligkeit. Es trägt sie tief in der Brust noch der Weltlichste.

Das ist, meine Lieben, die Kunst. Die wahre Kunst. Die Opferkunst. Entblößt euer Haupt.

Und ob Katschalow in dem Nacht-Gesprächi stark ist oder nicht stark (er ist mittelstark): — keiner wird es vergessen!

V.

Die Germanowa wirkt, wenn sie dunkel in entmodeter Tracht einherkritt, oder dastzt, und heiter guckt, mit einer verwehten Jaghcit, mit einer fast angefrengten Geberde des Dirnentums, wie gewissermaßen: „Los! Hol's der Teufel!" und wenn sie weint und über einer Stuhllehne zusammenduckt, und einen Menschen liebt, und einem Beschuldigten glaubt, — sie wirkt wie ein alles Bild wunderbar. Wie eine, die gemalt an der Wand hing und nun auch davongegangen ist, und ihr Schicksal hatte . . . mitten in Hoffnung, Düsternis, Schluchzen, Schönheit.

Unvergänglich.

VI.

Sie hebt sich heraus — als ein zufällig besonderer Mensch; doch sie überlönt niemanden.

. . . Und selbst ein etwas grotesk auftünchender Greis Karamasow hindert nichts.

Oder: man hat von dem Schauspieler Bakscheew schwerlich das Gefühl, er sei ungewöhnlich stark als Darsteller . . . und ist im Innersten doch geschüttelt von Bewunderung: wenn er im Wirtshaus, vom Untersuchungsrichter überfallen, redet und schweigt und schreit und verstummt und ein Erniedrigter wird und Pausen macht und Schuld fühlt und Schuldlosigkeit auch.

Oder: man sehe den Gang des Hausangestellten Smerdiakow; dies eigentümliche Setzen der Beine; das Untonkrollierbar-Seltsame des Gesichts . . .

Oder: wie der junge Aljoscha mit gesenkten Augen sitzt, frommstarr, unintelligent . . . Es bleibt im Ohr, wie vor Gericht Hysterien schluchzend, kreischend einen Ausbruch haben. Es bleibt auf der Netzhaut, wie Schatten drohen — wenn das bissche Licht brennt.

VII.

Doppelte Trümmer von Herrlichkeiten.

Trümmer aus einem Erzählungsbuch. Trümmer aus einer Regie.

Doch keiner, keiner, keiner wird sie vergessen.

Alfred Kerr.

Geheimrat Paul Schwenke, der erste Direktor der preußischen Staatsbibliothek in Berlin und Herausgeber des „Zentralblatts für Bibliothekswesen, ist im Alter von 69 Jahren gestorben. Seit 1899 Abteilungsdirektor, wurde er 1906 als erster Direktor Nachfolger Harnacks. Der Neubau der Bibliothek, der Gesamtkatalog der preußischen Bibliotheken und seine Arbeiten über Bibliographie und Bibliothekswissenschaften (Silberbibliothek Herzog Albrechts, 1894; Anfänge des Buchdrucks in Königsberg, 1896; Geschichte des ersten Buchdrucks, 1900) haben ihm eine besondere Stellung unter den deutschen Bibliothekaren gesichert. Im Insel-Verlag gab Schwenke die älteste Gutenberg-Bibel im Faksimileneudruck heraus. Auch die klassische Philologie, aus der er hervorging, verdankt ihm eine Reihe kritischer Abhandlungen.

Zur Breslauer Theaterkrise. In Ergänzung unserer Notiz teilt uns Intendant Runge mit, daß sein Vertrag mit der Stadtgemeinde Breslau unkündbar ist. Wie wir vom Lokalverband der Bühnengenossenschaft am Breslauer Stadttheater erfahren, haben die Präsidenten der Genossenschaft und des Bühnenvereins in einer gemeinsamen Eingabe den Magistrat vor der Verpachtung des städtischen Opernhauses gewarnt. Diese Warnung blieb unbeachtet, der Magistrat hat den Beschluß, das Theater zu verpachten, gefaßt ohne Anhörung irgendwelcher Fachmänner oder Fachverbände.

XX Das Brunnerkränzchen in Ulm. Nach einer Zeitungsmeldung haben die Theaterkritiker der vier Ulmer Tageszeitungen verschiedener Parteirichtung gemeinsam eine Erklärung veröffentlicht, in der sie unter Androhung der Einstellung der Berichterstattung gegen weitere Aufführungen von Stücken wie „Die unberührte Frau" von Gabriel Zapolska, „Musik" von Wedekind und „Die Hose" von Sternheim Protest erheben. Der Kunst wird, wenn die vier Herren „verschiedener Parteirichtung" darauf verzichten, ihre enge Weisheit zu verkünden, kein Schaden, sondern Nutzen erwachsen. Aber der Vorgang verdient zur Kennzeichnung bayerischer Zustände registriert zu werden. Man scheint sich ohne Hose besonders sittenrein zu fühlen — in Ulm und um Ulm herum.

Theaterchronik. Im Kleinen Schauspielhaus gelangt Anfang Januar das Schauspiel „Die Mütter" von Georg Hirschfeld mit Käthe Dorsch und Gertrud Eysoldt in den Hauptrollen zur Aufführung.

Im Großen Schauspielhaus fallen am 23. und 30. September die Abendvorstellungen aus.

Ernst Stahl-Nachbaur wurde dem Lessing-Theater für die Darstellung mehrerer Rollen verpflichtet. Er tritt zunächst als Baron Brieux' „Die rote Robe" auf. — Im Deutschen Künstlertheater geht am 22. d. M. „Der heilige Ambrosius" mit Max Adalbert zum 50. Male in Szene.

Im Hamburger Operettenhaus fand Viktor Holtaender Märchenoperette „Prinz Lottchen" bei der Uraufführung einen sehr starken Erfolg.

Die Durchführung des Achtstundentags.

Der neue städtische Manteltarif.

P. M. Eine der ersten Taten der Novemberregierung war die Einführung des Achtstundentages. Die Wirkung dieser Durchsetzung einer alten sozialistischen Forderung war deshalb von sehr zweifelhaftem Wert, weil zwischen „Arbeit" und „Arbeit" ein sehr erheblicher Unterschied besteht und weil auch die Arbeitsbereitschaft der wirklich intensiven Betätigung des Arbeiters gleichgesetzt wurde. Aber wenn man schon an dem Achtstundenprinzip selbst nicht rütteln will, so muß man um so nachdrücklicher darauf achten, daß die verkürzte Arbeitszeit auch wirklich ausgenützt wird. Das war bisher in den städtischen Berliner Betrieben nicht der Fall, weil auch die Pausen in die achtstündige Arbeitszeit eingerechnet wurden. Der städtische Manteltarif von 1920 hat die Arbeitszeit durch lange Urlaubszeiten, durch Erleichterung der Arbeitsunterbrechung und ähnliche Zugeständnisse noch verschärft. Schon in der vorigen Stadtverordnetenversammlung ist darüber wiederholt gesprochen und eine Revision des städtischen Tarifs gefordert worden. Der Magistrat hat sich denn auch trotz seiner sozialistischen Mehrheit entschließen müssen, diesen Tarif zu kündigen und mit den Organisationen der Arbeiter und Angestellten über einen neuen Manteltarif in Beratungen einzutreten. Wie notwendig auf diesem Gebiet eine Reform ist, das ergibt sich mit besonderer Eindringlichkeit an dem Beispiel der Arbeitszeit in den städtischen Gasanstalten, auf die in der „Germania" hingewiesen wird. Hier wurden in der letzten Zeit überhaupt nur sechs Stunden Arbeit verlangt und dafür acht Stunden bezahlt. Aber diese sechs Stunden vermindern sich durch Pausen und sonstige Zugeständnisse auf dreieinhalb Stunden tatsächlicher Arbeitsleistung. Daß bei solchen Zuständen die städtischen Tarife für Gas und sonstige Leistungen beständig hinaufgeschraubt werden müssen und die städtischen Anstalten trotzdem mit Unterbilanz arbeiten, kann nicht weiter wundernehmen.

Der neue Manteltarif soll derartigen Zuständen ein Ende machen. Zwar soll das Recht auf Arbeitspausen nicht beseitigt, wohl aber soll die Pause wieder durch Arbeit abgegolten werden, so daß tatsächlich ein voller Achtstundenarbeitstag herauskommt. Man versucht, einen Ausgleich durch Prämienzulagen und sonstige Vorteile für die Arbeiter zu schaffen. Ebenso soll versucht werden, die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden in besonders bezeichneten Betrieben zu erhöhen. Unter Hinweis auf ähnliche Bestrebungen in der privaten Industrie sagt die „Germania" mit Recht:

„Was die Privatindustrie bei der schlechten politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands für notwendig hält, verlangt die Einwohnerschaft Berlins auch von den städtischen Arbeitern und Angestellten, die nicht nur angemessenen Lohn und gute Arbeitsbedingungen, sondern auch eine Reihe sozialer Vergünstigungen und selbst Pensionsberechtigung haben, Vorteile, die nach dem Ausspruche eines Schlichtungsausschusses mit etwa 18 v. H. (also etwa 2 Mark pro Stunde) des Tariflohnes bewertet werden können."

Letzten Endes wird es davon abhängen, daß die städtischen Betriebe wieder rentabel gemacht werden, wenn an dem Grundsatz der Kommunalisierung wenigstens in einem beschränkten Maße festgehalten werden soll. Auf die Dauer kann es jedenfalls der Gemeinde nicht zugemutet werden, sich zugunsten eines an allen Ecken und Enden durchlöcherten Achtstundentages in eine Defizitwirtschaft mit ihren unabsehbaren Konsequenzen hineintreiben zu lassen.

Zwei Seelen.

Das deutschnationale „Meißner Tageblatt" vom 6. Dezember 1921 (Nr. 284) wendet sich auf der zweiten Seite gegen uns mit heftigen Ausdrücken und meint, es sei nicht verwunderlich, wenn „deutsche und national gesinnte Leser" über das „Berliner Tageblatt" schimpfen. Es scheint uns aber, daß die „deutschen und national gesinnten" Redakteure des „Meißner Tageblatts", für das Herr Professor Dr. Gotthord Winter verantwortlich zeichnet, sich am Schimpfen nicht genügen lassen. Auf der dritten Seite derselben Nummer finden wir nämlich unter der Ueberschrift „Frankreich. Der Schluß des Landru-Prozesses" eine ausführliche Schilderung, die den telegraphischen Bericht unseres Pariser Korrespondenten wörtlich wiedergibt, natürlich ohne die Quelle zu nennen. Und auf der vierten Seite wird unter dem Titel „Beginn des Kappisten-Prozesses" das Privat-Telegramm unseres Leipziger Korrespondenten benutzt, ohne daß des Ursprungs mit einem Worte gedacht wird. Es scheint uns notwendig, auf diese Moral von Zeit zu Zeit immer wieder hinzuweisen, etwa unter dem Stichwort: „Mögen sie schimpfen, wenn sie nur — abdrucken!"

Die Regierungsbildung in Hessen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Darmstadt, 20. Dezember.

Die Regierungsbildung im Volksstaat Hessen ist heute vorläufig erfolgt. Die Demokraten werden im Kabinett verbleiben; ihr Vertreter Henrich wird also das Finanzministerium behalten. Der bisherige Staatspräsident, der Sozialdemokrat Ulrich, ist wieder auf seinem Posten verblieben. Minister des Innern ist der Zentrumsabgeordnete v. Brentano, der früher Justizminister war. Die übrigen Mitglieder der Regierung, bestehend aus drei Präsidenten, denen die Leitung des Landesarbeits- und Wirtschaftsamtes, des Ernährungsamtes und des Bildungsamtes anvertraut ist, werden ebenfalls auf ihren Posten verbleiben. Es handelt sich um den Sozialdemokraten Raab, den Zentrumsabgeordneten Uebel und den Demokraten Urstadt. Der Posten des Justizministers bleibt vorläufig unbesetzt, um die Möglichkeit einer späteren Koalitionserweiterung durch den Eintritt der Volkspartei zu schaffen.

Der innere Aufbau Thüringens.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Weimar, 20. Dezember.

Die bevorstehende Neubildung der Kreise soll der nächste und wohl auch wichtigste Schritt für den inneren natürlichen Aufbau des Landes Thüringen sein. Mit der Durchführung wird das im Bauriß entworfene Fundament Thüringens, auf dem sich das neue Land in fast allen seinen Verwaltungszweigen in ungezwungener Form und völliger Freiheit von unnatürlichen Hemmungen aufbauen kann, erst gelegt sein. Erst mit der Vollendung der Kreiseinteilung wird das Sehnen des bisher dynastisch willkürlich zerrissenen thüringischen Volksstammes, wenn auch nur in den engeren Grenzen Thüringens, gestillt. Wir haben jetzt in Thüringen 23 Kreise sowie 91 kreisfreie Städte von 413 bis 77 000 Einwohnern. Der von dem Kabinett in den letzten Tagen fertiggestellte Gesetzentwurf, der dem Landtage noch vor Weihnachten zugehen wird, sieht vor fünfzehn Kreise: Weimar, Altenburg, Arnstadt, Eisenach, Gera, Gotha, Greiz, Hildburghausen, Jena-Roda, Rudolstadt, Saalfeld, Sondershausen und Sonneberg, sowie neun kreisfreie Städte mit über 20 000 Einwohnern: Jena, Gera, Apolda, Weimar, Eisenach, Gotha, Altenburg, Greiz und Arnstadt. Die Städte mit über 10 000 Einwohnern sollen ihre Selbstverwaltung behalten, aber in Fragen der Staatsverwaltung dem Kreise unterstellt werden. Es sollen also acht Kreise aufgelöst und 82 Städten die Selbständigkeit entzogen werden im Interesse einer Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung, Hebung des Verkehrs und intensivster wirtschaftlicher Steigerung aller Volks- und Wirtschaftskräfte.

Wer hat die Kappisten gewarnt?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Danzig, 19. Dezember.

Zu der Mitteilung, daß die gegen Kapp und Genossen erlassenen Haftbefehle durch den damaligen Berliner Regierungsrat, jetzigen Danziger Polizeipräsidenten Froböß verraten worden seien, wird vom Danziger Renat in hiesigen Blättern erklärt, daß diese Behauptung unrichtig ist. Mit der Verhaftung von Kapp und Pabst sei eine andere Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums beauftragt gewesen. Auch habe die Regierung Braun-Severing noch im Sommer 1920 Herrn Froböß auf wichtigen selbständigen Posten in besonders kritischer Zeit verwandt, und nach Ablauf des Jahres 1920 sei er von derselben Regierung in das preußische Justizministerium berufen worden. (Eine Aufklärung über das Ergebnis der Ermittlungen, wer auf dem Berliner Polizeipräsidium der Verräter gewesen ist, wäre sehr erwünscht. Die Red.)

---

fc. Eugen Zabel wird am 23. Dezember siebzig Jahre alt. Vermutlich ungern, rückt er damit in die Reihe der „Veteranen", aber er darf dafür auch auf ein reiches und vielseitiges Lebenswerk zurückschauen. Mit fünfundzwanzig Jahren kam der geborene Königsberger in die Reichshauptstadt und konnte sich bald in der „Berliner Nationalzeitung", deren Feuilleton damals an erster Stelle den unerloschenen Namen Karl Frenzels führte, als Theaterkritiker und Essayist bekannt machen. Weite Reisen führten ihn zu jener Zeit und später zu den Weltausstellungen und nach dem Osten Europas, und der Altpreuße, von Hause aus dem Russen benachbart, vertiefte sich mit besonderer Liebe in russische Kunst, Literatur, Geschichte und Sitte. Eine Reihe bemerkenswerter Studien und größerer Werke ist auf diese Weise entstanden und erfolgreich ins Publikum gedrungen; „Der Roman einer Kaiserin", der Katharina II. zur Hauptfigur hat, ist schon in 60. Auflage erschienen. Weiterhin hat Zabel viele Beiträge zur Geschichte der deutschen Literatur gegeben; Goethe lag und liegt ihm sehr am Herzen. Auch „Erinnerungen eines Altpreußen" — noch unveröffentlicht — sind von ihm niedergeschrieben worden. Heute noch rege und rüstig, darf er den Wunsch entgegennehmen, daß er in einem langen Leben weitere Erinnerungen sammeln und daß diese nur angenehmer Art sein mögen.

Ω Ein Künstlerhaus in Königsberg. Als Sammelpunkt der geistigen Welt des deutschen Nordostens soll Königsberg ein Künstlerhaus erhalten. Zu diesem Zwecke schreibt der Wirtschaftliche Verband bildender Künstler Nordostdeutschlands unter seinen Mitgliedern und den in Königsberg ansässigen Architekten einen Wettbewerb bis zum 1. Februar 1922 aus. 5000 Mark sollen zu gleichen Teilen an die fünf besten Arbeiten zur Verteilung kommen. Außerdem ist in Aussicht genommen, einem der Preisträger die weitere Entwurfsbearbeitung und Bauleitung zu übertragen.

Z Linné-Forschung. Der bekannte Linné-Forscher Felix Bryk in Stockholm hat jetzt als neuen Beitrag zu seinen Studien über die Lebensschicksale Linnés ein stattliches Folioheft mit reichausgestalteten Faksimilebeilagen herausgegeben, das den Titel „Linaeus im Auslande" führt. Es enthält Linnés gesammelte Jugendschriften autobiographischen Inhalts und ergänzt das, was man über die Entwicklung dieses berühmten Forschers weiß, durch wesentliche Ermittlungen.

Wissenschaftliche Nachrichten. In Münster starb im Alter von 49 Jahren der Ordinarius für neuere Geschichte an der Universität, Prof. Dr. Ernst Daenell. Seine Hauptwerke behandeln die Geschichte der Vereinigten Staaten (1907) und die Spanier in Nordamerika (1911).

Im Alter von 64 Jahren starb der bekannte Vertreter der Staatswissenschaften an der Rostocker Universität, Geh. Hofrat Prof. Dr. Richard Ehrenberg.

A. Th. „Meister der Tonkunst im 19. Jahrhundert" betitelt sich ein Buch, das, von Dr. Leopold Schmidt geschrieben, soeben in Max Hesses Verlag (Berlin W. 15) erschienen ist. Der Verfasser gibt in 41 biographischen Skizzen deutscher, italienischer und französischer Meister, denen sich sechs der nordischen Länder und der Slawen anschließen, nicht nur ein anregend gestaltetes Bild des Lebensganges und künstlerischen Schaffens der einzelnen Tonkünstler, sondern, und das verleiht dem Buche besonderen Wert, er beleuchtet auch, von einheitlicher Auffassung ausgehend, das wesentliche eines bestimmten Zeitabschnittes und seinen für die musikgeschichtliche Entwicklung richtunggebenden Charakter in einer, trotz der gebotenen Kürze doch erschöpfenden und belehrenden Weise. Schmidts Kunst, mit Wenigem viel zu sagen, offenbart sich auch in der Einleitung, die ein übersichtliches Gesamtbild der musikalischen Entwicklung des in dieser Hinsicht so bedeutungsvollen verflossenen Jahrhunderts bietet.

Sechzehn Abbildungen in Tonätzung, auf roten Karton gezogen, schmücken das wohlausgestattete Buch, das, wie der Verfasser allzubescheiden in seiner Vorbemerkung sagt, sich in erster Linie an den Laien wendet, um ihm ein Führer und bequemes Orientierungsmittel zu sein und im knappen Rahmen die innere Entwicklung spiegeln möchte, wie eine Galerie von Porträts uns das äußere Bild einer Epoche lebendig machen kann.

Z Die Helmholtz-Gesellschaft. Die in diesem Jahre aus Anlaß des 100. Geburtstages von Helmholtz gegründete Helmholtz-Gesellschaft zur Förderung der physikalisch-technischen Forschung versteht unter dem Begriff der physikalisch-technischen Forschung auch die angewandte Physik, die Werkstoffkunde, Hüttenkunde, Maschinenbau für alle Industriezweige und Elektrotechnik. Die Gesellschaft will die Gebiete der Wissenschaften pflegen, die der Industrie am nächsten stehen und deren ungeschmälerte Aufrechterhaltung von ihr als unbedingt notwendig angesehen wird. Ihr werden daher auch alle Unterstützungsmittel zufließen müssen, die die Eisenindustrie zur Steuerung der Not der Wissenschaft aufzubringen hat. Der Beirat der Eisenhüttenleute hat einen besonderen Hochschulausschuß eingesetzt, dessen Streben dahin geht, daß die Unterrichtstätigkeit auf den Hochschulen auf dem Standpunkt der Vorkriegszeit erhalten bleibt. Der Hochschulausschuß beschränkt sich bei der Unterstützung der eisenhüttenmännischen Institute auf reine Sachunterstützungen, während er persönliche Unterstützungen der Studierenden anderen Körperschaften überläßt.

Kleine Mitteilungen. Der bulgarische Schauspieler Nikola Dimitroff veranstaltet am 21. Dezember im Scharwenka-Saal einen Deutsch-Bulgarischen Abend unter Mitwirkung von Grete Sandbein vom Staatstheater (Dichtungen von Goethe und Benau), und Friedrich Moest (bulgarische Vorträge). — Lucy Kiefelhausen tanzt am zweiten Weihnachtsfeiertag, vormittags, im Theater am Kurfürstendamm.

Rosa Luxemburg gegen Lenin-Trotzki.

„Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden!"

„Die Freiheit ist ein bürgerliches Vorurteil", antwortete Lenin den englischen Gewerkschaftsvertretern, die auf die völlige Unterdrückung jeder persönlichen Freiheit in Sowjetrußland hinwiesen. Daß auch Rosa Luxemburg, die Begründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands, in diesem „bürgerlichen Vorurteil" befangen war, zeigt eine Schrift, die Dr. Paul Levi in den nächsten Tagen aus ihrem Nachlaß herausgibt. („Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung." Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Fichtenau. Preis 14 Mark.) Mit der Veröffentlichung dieser Schrift, die im Sommer 1918 im Breslauer Gefängnis entstanden und der, wie der Herausgeber im Vorwort mitteilt, von gewisser kommunistischer Seite der Flammentod zugedacht war, setzt der aus der Partei ausgeschlossene Kommunistenführer seinen Kampf gegen die bedingungslose Unterordnung des deutschen Kommunismus unter das Diktat von Moskau fort. Rosa Luxemburgs Broschüre erkennt an, daß Lenin, Trotzki und ihre Genossen geleistet haben, „was eine Partei in geschichtlicher Stunde an Mut, Tatkraft, revolutionärem Weitblick aufzubringen vermag", übt aber scharfe Kritik an den Maßnahmen, die die Bolschewisten nach der Machtergreifung getroffen haben. Ueber die Agrarpolitik urteilt sie:

„Die Parole, die von den Bolschewiki herausgegeben wurde: sofortige Besitzergreifung und Aufteilung des Grund und Bodens durch die Bauern, mußte geradezu nach der entgegengesetzten Richtung wirken. Sie ist nicht nur keine sozialistische Maßnahme, sondern sie schneidet den Weg zu einer solchen ab. Was geschaffen wurde, ist nicht gesellschaftliches Eigentum, sondern neues Privateigentum, und zwar Zerschlagung des relativ fortgeschrittenen Großbetriebes in primitiven Kleinbetrieb, der technisch mit den Mitteln aus der Zeit der Pharaonen arbeitet."

Sie gibt den Bolschewisten einen Teil der Schuld daran, „daß sich die militärische Niederlage in den Zusammenbruch und Zerfall Rußlands verwandelte". Der zweite Teil der Broschüre richtet sich gegen die Unterdrückung aller demokratischen Rechte durch die Bolschewisten.

Mit der konstituierenden Versammlung und dem Wahlrecht ist die Frage nicht erschöpft: es kam die Abschaffung der wichtigsten demokratischen Garantien eines gesunden öffentlichen Lebens und der politischen Aktivität der arbeitenden Massen in Betracht: der Preßfreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, wodurch alle Gegner der Sowjetregierung vogelfrei geworden sind. Es ist eine offenkundige unbestreitbare Tatsache, daß ohne freie ungehemmte Presse, ohne ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben die Herrschaft breiter Volksmassen völlig undenkbar ist.

Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei — mögen sie noch so zahlreich sein — ist keine Freiheit. **Freiheit ist immer Freiheit des anders Denkenden.** Nicht wegen des Fanatismus der „Gerechtigkeit", sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die „Freiheit" zum Privilegium wird.

Die Praxis des Sozialismus erfordert, eine ganze geistige Umwälzung in den durch Jahrhunderte der bürgerlichen Klassenherrschaft degradierten Massen. Niemand weiß das besser, schildert das eindringlicher als Lenin. Nur vergreift er sich völlig im Mittel: Dekret, diktatorische Gewalt der Fabrikaufseher, drakonische Strafen, Schreckensherrschaft, das sind alles Mittel, die diese Wiedergeburt verhindern. Der einzige Weg zu dieser Wiedergeburt ist die Schule des öffentlichen Lebens selbst, **uneingeschränkte breiteste Demokratie,** öffentliche Meinung. Gerade die Schreckensherrschaft demoralisiert.

Fällt das alles weg, was bleibt in Wirklichkeit? Lenin und Trotzki haben an Stelle der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets als die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Preß- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bureaukratie allein das tätige Element bleibt. Diesem Gesetz entzieht sich niemand. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft — eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern **die Diktatur einer Handvoll Politiker.** Ja noch weiter: solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geiselerschießungen usw."

Es ist der Freiheitsgedanke, dessen Sache die deutsche Kommunistin gegen den russischen Despotismus führt, der mit dem bolschewistischen Umsturz nur das Vorzeichen geändert hatte. Gewiß hätte diese kühne Denkerin niemals die Unterwerfung unter das Diktat von Moskau vollzogen, wie die von ihr begründete Partei, deren Zentralorgan immer noch ihren Namen an der Spitze trägt.

---

* In der Textilindustrie des Gladbacher Bezirks ist ein heftiger **Lohnkampf** ausgebrochen. Die Arbeitgeber waren bereit, den Stundenlohn um zehn Prozent zu erhöhen und die Familienzulage zu verdoppeln. Die Gewerkschaften aber forderten eine erhebliche Erhöhung der allen Arbeitern gleichmäßig zukommenden Stundenzulage. Die Arbeitgeber haben bekannt gegeben, sie würden bis zum 31. Januar 1921 die Entlöhnung nach ihren Vorschlägen vornehmen. Daraufhin haben die 30000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie von Gladbach und Rheydt zum 1. Januar **gekündigt.**

Das Tiergarten-Hippodrom als Sportplatz.

Auf der Suche nach geeignetem Terrain zu der so notwendigen Anlage von Sportplätzen im Weichbilde der Stadt Berlin ist Oberbürgermeister Dr. Boeß auf den Gedanken gekommen, das bisher nur für reiterliche Zwecke benutzte Hippodrom im Tiergarten dem Volkssport nutzbar zu machen. Heute vormittag fanden mit den Vertretern des Finanzministeriums, des Tiergartenreitvereins und Vertretern anderer reiterlicher Gruppen eine Konferenz statt, die sich mit dem Projekt beschäftigte. Wie wir hören, besteht Aussicht, daß der Platz für allgemeine Sportzwecke vom Fiskus hergegeben wird, allerdings unter voller Wahrung der alterworbenen Rechte der Reiter. In der Tat besitzen hier die Reiter ein ideales Terrain zur Betätigung

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

In der heutigen Vormittagsziehung fielen:
2 Gewinne zu 10000 Mark auf Nr. 217 602.
2 Gewinne zu 5000 Mark auf Nr. 4930.
4 Gewinne zu 500 Mark auf Nr. 9656 43 464.
10 Gewinne zu 400 Mark auf Nr. 12 188 169 776 206 946 240 518 246 130.
26 Gewinne zu 300 Mark auf Nr. 21 817 75 196 96 119 104 068 121 674 154 412 162 489 166 042 183 784 204 337 237 165 263 171 286 143.

Der letzte Akt im Kleppelsdorfer Prozeß.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

J. Hirschberg, 20. Dezember.

Vor überfüllten Zuhörerraum setzte der Verteidiger des Angeklagten Grupen, Dr. Ablaß, sein Plaidoyer fort und führte aus, daß der Staatsanwalt von seinem Standpunkt alles das zusammengestellt und probiert hat, was ihm zur Ueberführung des Angeklagten dienlich erschien und dabei die Zeitfolge nicht innehielt. Ich habe diese Tatsachen zeitlich richtig zusammengestellt, und als ich das getan hatte, fiel es mir wie Schuppen von den Augen, und das, was von der Staatsanwaltschaft als schwerster Belastungsmoment aufgeführt wurde, erschien von völlig untergeordneter Bedeutung. Die Staatsanwaltschaft hat mit Recht unterlassen, gegen Grupen wegen des Verschwindens seiner Frau Anklage zu erheben, denn sie sagt sich: Wenn die Frau morgen auftaucht, bricht die Anklage in sich zusammen. Dr. Ablaß geht dann ausführlich auf die Ereignisse des 14. Februar ein. Der Verteidiger wendet sich mit besonderer Entschiedenheit gegen die Behauptung der Staatsanwaltschaft, daß Grupen zur Zeit der Tat das Zimmer verlassen habe. Mit der einzigen Zeugin, der kleinen Ursula, sind später hypnotische Versuche in dieser Beziehung vorgenommen worden, und da ist es sehr wohl möglich, daß das Kind jetzt beide Vorgänge verwechselt. Niemand wird glauben, daß es möglich ist, dieses Verbrechen in 59 Sekunden auszuführen. Dr. Ablaß schloß alsdann seine 5½stündigen Ausführungen mit den Worten: Glauben Sie mir, meine Herren Geschworenen, daß es mir nicht leicht wird, einen Selbstmord der kleinen Ursula nicht von der Hand zu weisen. Für mich gibt es nur eine Erklärung, daß Ursula im Augenblick tiefer seelischer Depression die Tat begangen hat. Mir fehlen ebenfalls die Unterlagen, daß der Angeklagte die Tat begangen haben muß.

Dann begann Justizrat Dr. Mamroth abends 10 Uhr sein länger als vierstündiges Plaidoyer, indem er zunächst auch die Geschworenen eindringlich bittet, sich nicht von der öffentlichen Meinung beeinflussen zu lassen. „Die Gefahr eines Irrtums in der Staatsrechtspflege, den man im Volksmund Justizmord nennt, ist hier besonders naheliegend. Der Angeklagte ist kein habgieriger Mensch, kein Mitgiftjäger gewesen. Er war fleißig und strebsam. Das Gesamtbild seines Lebens gibt ein Recht, ihn als eine unsympathische Persönlichkeit hinzustellen. Das Verschwinden der Frau muß vollständig ausgeschieden werden, denn es ist doch die Möglichkeit vorhanden, daß sie, wie sie oft erwähnte, nach Amerika gegangen ist. Bei den Gutachten der Sachverständigen hatte ich das Gefühl, daß sie alle belastenden Momente in den Vordergrund, alles andere aber in den Hintergrund stellten. Es war unmöglich daß der Angeklagte die Tat in den wenigen Momenten, die ihm zur Verfügung standen, begangen haben könnte. Es kann nach meiner Ansicht nur eine Kindertragödie vorliegen. Die Tat kann man auch der Ursula zutrauen, denn es war ein anormales Kind. Mein Kollege und ich sind von der Schuldlosigkeit des Angeklagten überzeugt, und so werfen Sie auch die Ueberzeugung zweier ehrlicher Anwälte in die Waagschale.

Die Hoffnung, daß der Riesenprozeß nun doch endlich zu Ende geführt werden könnte, ließ sich gestern nicht erfüllen. Die Urteilsverkündung ist erst heute in den späten Abendstunden zu erwarten.

Der Streik der Berliner Autodroschkenbesitzer geht weiter, trotz der Bewilligung der zwanzigfachen und fünfzehnfachen Taxe durch den Berliner Magistrat und den Polizeipräsidenten. Bekanntlich gilt der Kampf jetzt der Steuer, die gegenüber der Besteuerung der Privatwagen tatsächlich zu hoch festgesetzt erscheint. Während die Besitzer von Privatautomobilen bei der auf jedem Rad liegenden Steuer von 800 Mark durchschnittlich eine jährliche Steuer von 3600 Mark zahlen, kommt auf die Autodroschkenbesitzer eine solche von 30 000 Mark. Die Besitzer der Autoteren erklären nun, daß sie bei dieser hohen Steuer auf keinen Fall bestehen könnten. Stadtbaurat Dr. Adler, der die Steuer gleichfalls für zu hoch hält, hat die Autodroschkenbesitzer zu heute nachmittag in das städtische Verkehrsamt zu einer Sitzung eingeladen, um interne Fragen des Streiks und der Steuer zu erörtern. Die Pferdedroschkenbesitzer haben bekanntlich mit der zehnfachen Taxe am besten abgeschnitten und ihren Betrieb daher auch wieder aufgenommen.

Raubzug auf hoher See.

Hongkong, 20. Dezember. (W. T. B.)

Der Dampfer „Kaiwangler" wurde zwischen Schanghai und Hongkong von bewaffneten Piraten überfallen. Der Kapitän und die anderen europäischen Offiziere wurden in einen Raum eingeschlossen. Hierauf wurde das Gepäck der Reisenden geplündert. Nachdem die Maschinen des Dampfers gebrauchsunfähig gemacht worden waren, fuhren die Piraten auf einem Fischdampfer davon.

Die Ermordung der Herforder Bürgermeister. Vor dem Heidelberger Schwurgericht beginnt am 16. Januar der Raubmordprozeß Siefert wegen Ermordung und Beraubung des Herforder Oberbürgermeisters Busse und des Bürgermeisters Werner auf dem Königstuhl bei Heidelberg. Da Siefert bisher noch kein Geständnis abgelegt hat, dürfte der Prozeß in kriminieller Beziehung sehr interessant werden. Es sind über 90 Zeugen geladen, darunter der Gerichtschemiker Dr. Poppe (Frankfurt), der auf Grund von Fingerabdrücken den Alibibeweis zu führen versuchen wird, sowie Persönlichkeiten, die mit den Mitteln der Hypnose und Suggestion den Fall zu klären suchen werden.

Verantwortliche Redakteure für innere Politik: Erich Dombrowski-Berlin-Lichterfelde; für auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung, Sport: Fritz Andt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Erich Vogeler-Tegel; für den Handel: Fritz Engel-Schöneberg; für die Handelsregister: Dr. Felix Pinner-Wilmersdorf; für den Anzeigenteil: Albert Pilz-Charlottenburg; für die Inserate: Heinrich Baron-Schöneberg.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.
Hierzu 1 Beiblatt.

Fortlaufend notierte Werte. (Ohne Gewähr.)

Fesivere Werte		Vorigen Tag	Letzteinheiten-Kurs
R.Sch.15 II	4	99%	99%
do. 17 III	4	99s	99%
do. 16 IV	4	94s	94%
D. 1-9 Kg.	4	72	72%
do. 11 II	4	94s	94
D. Reichs. 4	4	77s	77s
do.	3	87s	87
do.	3%	74	74
do.	3	103	103
d.3.1.2.22	4	99%	99%
d. 1.11.22	4	99s	99%
P. 1.5.24	4	99s	99%
d.Kons.Anl.	4	71%	70%
do.	3½	59s	58%
do.	3	58	57s
Bayr. St.-A.	4		82s
do. do.	3		68
Mex. Eb.	4	102	101s
Mex. Aul.	4	22450	2225
do. do.	4		1050
Oestr. S. R.	4	102	100
do. K. R.	4		33s
Tschgd.Eis.A	4	172%	168
dubgd.E.A	4	135s	133s
do. do. 06	4		31s
do.Zoll 011	4	108	106
4.400 Yr.	4	950	935
Ung. St. 13	4%	52	54
do. do. 14	4%	52	54
do. Gold-A.	4	120	115
d.R.-R. 10	4	45	50
do. Kr.-R.	4	31	32
Mex. Gen.	4	1150	1075
Lomb. Obl.	3%	91	91
do.	3	63	59
Amsterd. Eb.1	4%	136	136
Aktien.			
Wpst. - Siz.		225	228
Schant. -		450	450
D-ung. Stb.	7%	210	205%
Lahg. P.-H			1075
Bulom. Oni.-		655	632
Cakadu -			595
Teh.-Kat. -	5%	675	675
do. do.	4%		860
Agp Gpt.	6%	1925	2000
Dt.Ayvtr. D.	10%	532	535
Hb.-Am. P.	8	412	410
Hb.-Süda D	10%	671	645
Hansa J.	10%	501	501
Nrdd. Jowd	5%	442s	445
Vorzlbesch.	10%	760	760
Sharm.Sh.V	10%	305	305
Bern. Hdl.	12%	420	420
Cam.u.Prv.	12%	310	310
Darmst. Bk.	14%	310	310
Disch. de.	12%	476	478
Dresd. Kom.	12%	425	424
Dresd. Bk.	12%	390	388
Lpz. Kred.-A	12%	315	319
Mitld. - B.	10%	305	305
Nt.-Bk. Dt.	12%	310	310
Oest. Kred.	12%	100	101
Accum. Hg.	20%	790	799
Adlr. -	10%	570	560
Akt. J.f.Anil.	12%	580	580
Allg. Oest.	14%	675	660
Angl. Guano	15%	100	110
Anhalt Z.-P.	10%	850	840
Augsb. Nrbg.	18%	1585	1598
Bad. An. Sd.	20%	595	600
Bassit -	10%	675	675
Bergm. Elk.	13%	745	737
Brl.Sch.Mech	12%	621	644
do.Teint. W.	12%	615	625
Berl.Masch	30%	1295	1295
Bingwerke	16%	575	555
Biemarckh.	20%		1200
Bosch. Gummi	12%	815	815
Gb.Stahl & Co	13%		1125
Budzr. Eisen.	15%	700	690
Chorf. Wasser.	14%	550	551
Chem. Grünau	16%	700	630

Einheitskurse

(Ohne Gewähr.)

Dt Staatsanleihen.

	Zs.	Vorigen Tag	Letzte Notiz
Dt.Schutz-A.	4	103	105
do.Pram.-A.	3	84s	84s
P.Sch.(Nib)	4%		65s
do. Staffel	5%	60s	61s
Bad. 03-14	4%	78	78
Bay.Stab.-Obl.		60s	60s
Bram.A.19	4%	98s	98s
Hmb.St.-R.	3%	75	75
do.03. 12	4	85	85
Mecr.L.-A14	4	83	85s
Oldbg. 03	4%	69	69s
Sächs.A.19	4	78	79
Sächs.St.-R.	5	58	57s
Württemb.	4	82	82
Pomm.Hen.Sh.	3%	57s	57s
Rh. u. Westf.	4	100	97
Sächsische	4	96s	96s
Brdg.Pr. 12	4	94s	94s
Gass 22-28	4	84s	84s
Hannov. Lds.	4	78	78
Ostp.PSB-11	4	78	79
Pom.P.S-14	4	84	84
Posener Prov.	4		84
Rh.-Prst.-40	4	92	92
Stth.-R.98	3%		90
West.LP.AS-54	4%	91	91

Dt. Stadtanleihen.

	Zs.	Vorigen Tag	Letzte Notiz
Aachen 1-4	4	93s	96
Alt.01.11.17	4	82s	82
Augsbl.7.11	4	82s	82
Baden 14 S24	4%	95	95
do. 13	4	87s	87s
do. 32	3%		65
do. 85	3%	58s	60
Bochum 13	4	90	90
Brsl. 04.06	4	81s	81s

	Zs.	Vorigen Tag	Letzte Notiz
Bromb.02 06	4	—	85
Cassel. 87	3%	—	51s
Charl.07-12	4	—	90
Cöln 00, 6. 11	4	101	102s
Cref. 01-13	4	85	87
Dortmund 07	4	87	87
Dresd. 00.06	4	85	85
Düss. 99-19	4	89	90
Elbert. 99.08	4	75	76s
Essen ab. 09	4	85	85
Fthg. 01-20	4	79	79
Frkf.AM. 6-11	4	107	110
Gera 99.01.03	3½	85s	85s
Gleiw. 07.10	4	85	85
Halle 00, 5. 10	4	75s	75
Hannov. 98	3½		56s
Hdbrg. 07.13	4		86s
Kbrg. 99.01	4	85	83
Mgdb. 91. 06	4		79s
Mainz 00-11	4	87s	87s
Mnh. 6-8.12	4	89s	89s
Münch. 00-14	4	90s	90s
do. 97. 99	3½		65
NnbG7-11.4	4	89s	89s
Pos00.05.08	4	87s	40
Rstk.00 7-11	4	87s	87
Rstock.Pr.	3½	81	80
Strasb.i.L.09	4		86
Stuttgart 95	4	97s	97
Wiesbad 9-14	4	87s	87
Brschg. 201-L	—	—	650
Cöln 401-L	—	190	185s
Sachs. M.70-L	—	—	115
Stettin 200-L	—	100	100
Dt. Komm. 19	4	90	90
Gr. Berl. Verb. d		77	78
Pomm. Kom. d		91	91

Preuss. Pfandbriefe

	Zs.	Vorigen Tag	Letzte Notiz
Ostpr. neue	3½	97	97
Brdbg. Pl.-Bl. 4		97s	97s
Kur-Ukmärk.Sch.		—	95

Börsenruhetag — Devisen schwach.

Die Erholung am Devisenmarkt, die gestern nachmittag auf Deckungen eingetreten war, machte heute einer erneuten Abschwächung Platz. Der Dollar wurde heute vormittag mit 180 gehandelt und ging an der Börse auf 170 zurück, im übrigen wurden folgende Kurse genannt: Holland 6575 nach 6650, Schweiz ca. 3500, England 727—732 nach 760—765, Frankreich 1410—1420 nach 1450. Von Ostdevisen wurden gezahlt: Zlotennoten 6,15—6,30, Kriegsnoten 5½—9. Auszahlung Warschau 6,20—6,22½, rumänische Noten 153 Auszahlung Agram 68. Das Devisengeschäft war so still, wie man es in den letzten Monaten überhaupt nicht gewohnt war. Angesichts der Unklarheit der Lendonner Besprechungen sowie der allgemeinen politischen Lage, ist so gut wie gar keine Kaufneigung vorhanden.

Am Effektenmarkt war die Haltung im heutigen freien Verkehr völlig von der Devisenentwicklung abhängig. Allerdings herrscht auch hier eine völlige Unsicherheit, die fast gar kein Geschäft aufkommen lässt. Angeboten scheinen besonders Montanaktien zu sein, während man im übrigen fast keine Kurse hört, da die Aufnahmefähigkeit des Marktes nur sehr gering ist.

Der amtliche Kurs für Kabelauszahlung New-York stellte sich auf 174½, daraufhin zog im freien Verkehr der Dollarnotenkurs auf 172½ an.

Effekten geschäftslos — Dollar 172.

Auslande wie folgt gemeldet: Holland 1,55—1,56, Kopenhagen 1,75—1,80, Stockholm 2,27—2,30.

*

Bezugsrechte. An der gestrigen Börse wurden folgende Bezugsrechte notiert: Charlottenburger Wasser 110, Danziger Privatbank 31, Dynamit 45, Elektrizitätswerke Süd 50, Fenck Mühlen Masch. 70, Zellstoff Waldhof 95, Rhein. Sprengstoff 38.

Paris, 19. Dezember. Deutschland 6% (Kurs v. 17.: 6%), Amerika 1290½ (1279).

Rio de Janeiro, 19. Dezember. Wechsel auf London (90 Tage Sicht) 7½ d., der Markkurs für Kabelzahlungen ist 48 Reis.

Eine Auskunftsstelle für den Balkanverkehr. In allen Angelegenheiten betreffend Geschäfte nach dem Balkan erteilt das Museum des Internationalen Handels und Industrie in Belgrad, Knjeginja Ljubice 9, jedwedes Interessenschutzes und Anknüpfung von Geschäftsverbindungen allen ausländischen Interessenten Rat und Hilfe.

Handelsliteratur.

Prof. Dr. Lassar u. Cohn. Gold- und Papiergeld. Verlag Leopold Voss, Leipzig.

Die Mark wurde gegen 11 Uhr aus dem

Industrie-Oblig.

	Zs.	Vorigen Tag	Letzte Notiz
Adl.f.Mö09	4%	—	97
do Verks11	4%	100s	100
do.Gas.Ob.	4%	127s	127s
do. 8.-6.8	4%	127	127
do 90.05.1	4%	109	109
Schuck06	4%	—	105
Agfs-Nh 20	6%	114	114
Bad.Anil.19	4%	125	135
Bayer Ob.	4%	104	104
Bl.Kn.M.20	4%	56	61
B.E.W.05.06	4	94	93
do.09 Ser.1	4%	92s	102
do. 19 4%	106	—	105
do.1906.0	4	—	110
Bem.Sch.14	4%	105	105
do. - 20	4%	105	105
Sollefkfl 12	6	—	101
Stt-Wk912	4%	—	110
Bl.Gas 20	4	—	115
U.d.Ld.B.06	4	85	85
Zellstfbr07	4%	—	105
Chlf.Gas 06	4	89s	88
Skoda 851-35	4	96s	98

Deut.Strassb.-Oblig

	Zs.	Vorigen Tag	Letzte Notiz
GBerl nkv 21	4%	89s	91
do. 1911 ds. 4	4	82	83s

Ausland Eisenb.-Obl.

	Zs.	Vorigen Tag	Letzte Notiz
Oest-Ubsb.95	5%	56	59s
Lomb. Oblig. 6	5	52	52
S.Ged.G-083	3	—	60s
Gerr.Kio.-ob.S.	—	—	1397s
Tehn N 100	4	875	1000

Ausland. Anleihen.

	Zs.	Vorigen Tag	Letzte Notiz
Bean.Eisb.14	6	98	100
Gricch.4%M.14	4%	—	90s
d.5%P.-L00	5%	—	1820
d.4%-Rb09	4%	—	1750
Rumän.08 Yr.	4	—	153
do. 1913	6	122	129
do. 90. 4050		—	1000
do. 2025	4	125	139
do. konvert.	4	105	113
do. 1910	4	105	113
Turk.Adm.Anl	4	125	135
do.Anl. 1903	4	84	84
do. do. 1908	4	84	85
Jug.Stb19	4%	50	37
Bucar St.S84	4%	65	50
Budap.A 14	4%	525	525
Lbb811 B 200	5%	—	1000
Sofia Stadt	7	115	111
Wienlnvest.A	4	361	35
do. St.98 1	4	23	22s
Chil.E.Sc.05	4%	1250	1250
Y.Pb3000	4%	26	22s

Schiffahrts-Oblig.

	Zs.	Vorigen Tag	Letzte Notiz
H.-Am.-P.S.22	4	150	150
H.Lloyd01.8A	4%	155	155

Dtsch Eisenb.-Aktien

	Zs.	Vorigen Tag	Letzte Notiz
Aach.-Mghb	4%	—	1800
do.Genußsch.	0	—	1000
Bremen.Lb.	4%	—	1000
Elkfbodnbh 06	4%	269s	250
do.Spres.Vrz.0	4%	—	1085
Lst.-Lub.L.-A	4	—	1000
Hall.-Hett.Anl	4%	—	1000
Kreifld. Eisenb 0		—	1750
Lüb.-Büchen	4	330	325
Mainz.Ludw.	4	—	1000
Niedl. Stab.	2%	170	160
Tschipk. Fw.	10	—	2050

Schant.Gen.

	Zs.	Vorigen Tag	Letzte Notiz
1760	1700		

Deutsche Kolon.- u. Strassenbahn-Akt.

	Zs.	Vorigen Tag	Letzte Notiz
Ab.Kolon.A	4	—	1000
Afrikanisch V.AG		79	80
Allg. Dt. Kb.	4%	176	176
Bln.-Lk.-u.Stb	7%	309	310
Dtsch Eis-Bhf	4	240	240
Ges.Casa.Stb.0		—	1000
Hanr.Strbn.V.A	4	—	1000
Kraftl. Strbn.	4	—	1000
Nagdb. Strb.	4%	—	1000
Stettin.Strbn.A	4	—	1000

	Zs.	Vorigen Tag	Letzte Notiz
Südtschk Eisb	4%	238	250
Wr.Fb. Bnh.10	60	—	55

Aus. Eisenb.-Aktien.

	Zs.	Vorigen Tag	Letzte Notiz
Pennsylvan.	6	—	1000

Schiffahrts-Aktien.

	Zs.	Vorigen Tag	Letzte Notiz
HbPend.Ges.10		200	666
Kopf.Lt.40	4%	—	825
Schl.DtOe.7	4	—	670

Brauerei-Aktien

	Zs.	Vorigen Tag	Letzte Notiz
BrKindlag 16	4	—	830
do. St.-Pr.	7%	650	820
Bohm.Brauh 20		900	900
BoleWk.ag 10		—	600
Utsch.Sierbr.A	5%	—	510
Engelh.-B. 10	5%	1050	1050
Friedrichsh 7	4%	461	450
Landrs Wr. 20		—	450
Löwenbräu. A		—	1000
Schönh.Schl. A		—	1800
Berth.Wikler 15	8%	810	750
Dtmd Akt-Bhf	4%	1110	1125
do. Union 40	4%	1000	1000
Frkf.Hofbräg 7		—	1000
Germ.Brm 15	7%	705	650
Hann. Reich.	6	—	600
Insulbräu 15		—	1000
Leipz. Kleb. 10		790	800
Lindenbräu. A		920	916
Mannheimer		—	1000
Reichsbräu 20	5%	—	1820
Schöfferh.F.B	6	470	450
Schwabenbräu	5%	—	1000
Schultheiß A	4	650	680
Wickül-Kipp. 7	6%	680	680

Bank-Aktien.

	Zs.	Vorigen Tag	Letzte Notiz
Bad. Bank	5%	—	990
Bayr. Hyp.-B. Ind	4%	399	399
Bank i. Brbr.	5%	300	300
Barm.Kredb.	10	500	470
B.f.Grdkr.	4%	—	1000
Brl. Hyp.-Bk.	4%	169	169
Ge. Kass.-V.	4%	199	219
Ge. Mark.-V.	4%	119	119
Bras.Bk.Lb.	7%	260	260
Brsch.B.u.A.	10	—	1000
Ch.Ant. Mk.	5%	202	200
Comm.u.P.V.	5%	—	1000
Ganz.Privat	10	300	204
Deszauer Ub.	20	260	260
Dt. Asiat. B.	—	80	87
Dtsch.u.W.B	10	170	152
Dt.Hyp. B. Bl.	7%	163s	163
Dt.Ueberse.B	10	170	170
Eisenbk.-A.	12	355	365
Gesch. Grkrb.	5	—	1000
Hamb.Hyp.-B.	10	210	240
Hildesh. G.	10	—	321
Hannover.B.u.P		—	1000
Hbr. Hyp.-Bk.	5	—	1000
Kab.Kom.-Bk.	5%	260	260
Lux. inlsm.	10	399	399
Mckl. Hyp. 16%		316	319
Mitteld. Bod.-B.	5%	150	150
Nordd. Grundk.	6	150	151
Oesterr. Bk.	5	290	285
Pfälzl. Hyp.	6	278	275
Pr.Bod.-Kred.-B	5	147	146
Pr.Hyp. Bankb		—	1000
Pfälzl. Bodkr.	7%	169	160
Pr.Cntr. Bd.	5%	175	175
Ow.Mch.-B.	7%	165	165
Rheinbank 6%		170	165
Rhein.Hyp.-B.	5	—	1000
d. Kredit-B.	10	300	300
Rh.-Wt.Bodkr.	6%	150	150
Sächs. Bank	7%	370	370
d. Bod. Kr.A	7%	—	1000
Schl.Bd.-Kr.	7%	152	150
Sieg. Bank	10	260	251
Stettiner Bk.	5	—	1000
Südd. Bkb.	10	—	1000
Unger.Kred.	16	160	155
Ver. Hamb.	12	145	145
Westbank	10	—	1000
Westd.Bod.K.	6	—	1000
Wien.Bk.V.	12	72s	70s
Wr.Bkv.	12	63	63

Industrie-Aktien.

	Zs.	Vorigen Tag	Letzte Notiz
Asch. Led.	40	950	901
Ges. Spinn.	20	715	715
Aufl.Perl.Z.	10	588	550
Adlerwerke	20	1300	1375
Adler Kfw.	25	1300	1290
Adler Mot.	10	560	550
d.I. Bürst.-L	20	800	900
d. I. Papier	20	1000	1000
d.Fahrzeug.	45	1120	1120
Alexanderw.	15	524s	505
Allg.Beklpg	15	525	510
Alls.Gr.Fa.	20	1600	1520
Allg. El. Ges.	40	700	711
do.Best.Akt.o.D		200	200
El.Ges.Vorz.	15	125	125
Alten Pll.J.	30	659	650
Alumin. Ind.	25	—	705
Amme.Gies.Sd	30	850	850
Annenwalt.P.	60	2300	2250
Asch. Kohlen Z.		900	940
do. Vrz.-Akt.	60	190	190
Aschaff. Zellst.	40	1000	1000
Asphalt. 20	14	405	1400
Asphalt Ges.	20	—	700
Asnapp Gummi	20	—	1000
Annen Gußst.	75	—	600
Aplerbeck A.	40	—	1000
Archimedes.	45	1400	1340
Aranbarg B.	25	—	1000
Arnstf.Pap.	12	70	70
Aschm.&Edw.	60	805	805
Baer & Stern	30	1350	1425
Bahlsen Ma.	30	1055	855
Bgbau.Lo.D	15	145	149
Banning H.	12	—	1000
Baron. Wrzwäs	30	599	590
Barth & Co.	30	704	705
BgBerl Hpo.	0	—	1000
do.KrWthSo.D	1	1120	1120
BeiGesstr.D	1	—	50
Bautz.Tuch.	16	684	599
Bel.Wollens.L	7	990	1020
Bayr. Cellst 40	4	600	600
d.Rrbt.Ind.	10	—	555
d.Spiegelgl	25	998	925
Bay. Gummi	15	792	792
BCg. Wolf.	30	1395	1401
J.P.Bemberg.	20	785	785
do. neue	—	702	700
Bendix. Holz	7	—	1000
C. Berg. Ex.	20	—	1000
J. Berger	25	800	800
Berl.Bautnerei	25	525	525
Berl.Jamonto D	—	—	1000
do.Lichtenb.Gs	140	132	132
do.Impfinst	14	—	1000
do.Elektr. W	10	—	985
do.Lb.Elektr.	9	240	240
do.Kabelwerk	20	1260	1260
do.Lt.Kraft	20	1500	1500
do.Spinnerei	14	—	1000
do.Stadtbahn	6	1000	1000
do.Ver.-Akt.	6	1000	1000
Berlin. Kraft	12	1000	1000
Dresd. Bau	8	301	301
do.Gardin.	20	652	700
Berl.Stadtgas	20	1000	1000
Bi.Bnbr.Ges.	20	1000	1000
Bing.Ges.	20	732	732
Bremen. Ges.	20	1000	1000
do. Ulk.Ges.A	15	580	1000
do.Linoleum	40	1048	1010
do. Vulkan	12	1000	1000
do. Wollkm.	40	1600	1700
Brown Bov.	7	—	1140
Brix Kehlen	20	1000	1000
Busch. Lüd	37	1025	1000
Busch.Wgg.	20	1800	1850
Calmon Bergb	12	540	548
Carlsh.Alm.	10	775	775
Carol.Brnk.	40	1000	1000
Cart. Lasch.	30	950	940
Cellulose	0	—	77
Charlottenb.	33	—	250
Chem.Buck.	10	—	900
do.do.St-Pr.	10	—	1000

	Zs.	Vorigen Tag	Letzte Notiz
Chem.Milch	12	725	805
do. Weiler	26	595	586
do.IndGelsf	25	1200	1100
do.Walther	20	1245	1250
do.Zucker	15	700	700
Chillingw.	20	650	680
Chriani &	20	980	980
Gr.Gosch.D	20	2000	2000
Coerz . . .	18	905	905
Cont.Caout.	50	2900	2900
Crefeld.Pap.	15	—	1400
Delm. Lin.	25	895	875
Dessauer G.	20	600	600
Dt.Nieder.	1	—	1000
do.Südam.	1	750	760
Dt. Asph.	20	750	750
do.Bekd.A.Nr	1	1700	1600
do.Eisbgesellz	20	1045	1035
do. Erdöl	20	1145	1190
do.Erz.A.G.	40	1000	1000
do.Jute-Sp.	30	1180	1250
do.Kabelw.	17	700	670
do.Linoleum	20	510	510
do.Schacht.	0	—	1750
do.Spiegel.	35	916	900
do.Steinzg.	15	840	840
do.Ton.S.B	15	680	680
do.Wasser.	20	640	640
do.Zeitz.A.G.	40	1500	1550
Dt.Spinnerei	20	500	549
Dittm.Nh.	6	2305	2305
Dom.Ton.	20	750	750
Donnersm.H	0	1150	1150
Düring & L.	8	505	150
do.Verz.-Akt.	6	150	150
Dtsch. Erdöl	20	1000	1000
Dtsch.Gold.	25	1000	1000
Dtsch. Hbr.	8	849	815
Dtsch.Ton	20	—	1000
Dtsch.Wollw.	20	1000	1000
Dtsch.Steinz.	20	1000	1000
Dtsch.Ton	20	1000	1000
Dtsch.Wollw.	20	1000	1000
Dtsch.Steinz.	20	1000	1000
Dtsch.Ton	20	1000	1000
Dtsch.Wollw.	20	1000	1000
Dtsch.Steinz.	20	1000	1000
Dtsch.Ton	20	1000	1000
Dtsch.Woll

Abend-Ausgabe
Dienstag, den 20. Dezember 1921

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts

Nr. 586 • Beiblatt
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin

* Konjunkturumschwung in der Bekleidungsbranche.

Von [Nachdruck verboten.]

Emil Neumann, Berlin.

Seitdem der Dollarkurs eine rückläufige Bewegung angenommen hat, ist im Textileinzelhandel ein totaler Umschwung der Geschäftslage zu beobachten. Der Verkehr ist in Anbetracht des nahen Weihnachtsfestes überaus still und von Hamstern und Ansteben nach Waren kann keine Rede mehr sein. Selbst die Ausländer sind in den Detailgeschäften nicht mehr zu sehen, und wie ein Spuk ist die Bestürmung der Kaufladen nach Kleidungsstücken plötzlich verschwunden. Die Detailfirmen stehen vor stark geräumten Lagern und bemühen sich nun, für die nächste Frühjahrs- und Sommersaison die nötigen Vorräte heranzuschaffen. Die Wintersaison ist mit Ablauf dieses Monats in der Hauptsache für das Detailgeschäft zu Ende. Für die Kleiderfabriken war der Schluss bereits am „schwarzen Donnerstag" eingetreten. Seitdem werden keine Winterwaren mehr verlangt. Die Damenmäntelfabriken hatten bis dahin namentlich an jedem Freitag, dem Lieferungstag der Schneider, einen Ansturm von Einkäufern zu bewältigen, jetzt hingegen ist das Geschäft in ein ruhiges Fahrwasser gelangt, und der Besuch der Kunden gilt nunmehr ausschliesslich dem Einkauf für die nächste Saison. Allerdings ist schon vordem für die neue Geschäftsperiode von den Abnehmern disponiert worden, weil die Konfektion noch im Besitze von Stoffen war, die schon zur Zeit niedrigeren Preisstandes im Juli und August dieses Jahres erworben worden sind. Aus diesem Grunde konnten den Einkäufern noch vorteilhafte Angebote gemacht werden, die auch schlank akzeptiert wurden. Natürlich reichen diese bestellten Mengen nur für den ersten Bedarf. Jetzt gilt es, für weiterfliegende Geschäftszeiten zu sorgen, und da stellen sich die heute geltenden Tagespreise für Stoffe und Zutaten der Disposition oft hindernd in den Weg. In der Damenkonfektion werden die sehr hohen Preise trotzdem vielfach bewilligt, namentlich wenn es sich um hochwertige Gegenstände handelt, aber ein grosser Teil der Kunden kann sich zu den überaus hohen Preisen nicht entschliessen und wartet die weitere Entwicklung der Konjunktur ab.

In den Herrenkleiderfabriken sah man sich bis zum letzten November eine drängenden Käuferschar gegenüber, die alles nur Erreichbare zu erwerben trachtete. Dabei kam die Herrenkonfektion zu keinen disponiblen Beständen, so dass die Einkäufer zumeist ihre Besuche erfolglos machten. Am 1. Dezember stellte sich nach Bekanntwerden des Devisenrückganges kein Kauflustiger mehr ein. Die Besuche galten allerdings nicht nur dem Erwerb von Winterwaren, häufig bezweckten sie auch, für das Frühjahr und den Sommer Anschaffungen zu machen. In klurer Voraussicht hatten viele Firmen der Herrenkonfektion schon im Sommer dieses Jahres mit den Webereien, die damals nur unzureichend beschäftigt waren, Abschlüsse für das Jahr 1922 gemacht. Die dafür gezahlten mässigen Preise ermöglichen es, die Kunden ebenfalls davon profitieren zu lassen, und infolgedessen gingen so zahlreiche Aufträge ein, dass die Herrenkonfektion fast die gesamte Produktion bis März n. J. verkauft hat. Schwierigkeiten bereitet nur das langsame Hereinkommen der längst bezahlten Stoffe. In den Webereien der Lausitz lagen die Betriebe wegen Streiks in den letzten Wochen still, wodurch die Zustellung der bestellten Waren an die Auftraggeber noch mehr verzögert wird.

Die weitere Gestaltung der Stoffpreise nimmt natürlich in der gesamten Bekleidungsindustrie gegenwärtig das meiste Interesse in Anspruch. Während auf dem Baumwollmarkt die Notierungen sehr bedeutend heruntergegangen sind, ist der hohe Preis für Rohwolle ziemlich konstant geblieben. Aus diesem Grunde halten die Wollstoffwebereien an ihren sehr erhöhten Forderungen fest. Diese Fabriken haben zu den hohen Preisen grosse Auslandsorders erhalten, und deshalb liegt für sie kein zwingender Grund vor, jetzt billiger zu verkaufen. Die Konfektion hingegen nimmt eine abwartende Stellung ein. Man ist sich aber darüber klar, dass von einer bedeutenden Herabsetzung der Preise für Sommerstoffe vorerst keine Rede sein kann, selbst wenn eine erhebliche Senkung der Rohwollpreise eintreten würde. Die Löhne in den Spinnereien, Webereien, Färbereien und Ausrüstungsanstalten sind während des letzten Semesters ganz ausserordentlich gestiegen, ebenso die Angestelltengehälter, Kohlen, Frachten, wie überhaupt alle Fabrikations- und Geschäftsunkosten. Bei jeder einzelnen Station der Stoffherstellung ergeben sich daraus Mehrausgaben, die die Bewertung des fertigen Erzeugnisses der Weberei stark preiserhöhend beeinflussen. Aber auch die Bekleidungsindustrie musste die Arbeitslohntarife beträchtlich heraufsetzen und sieht sich in dieser Richtung jetzt wieder vor neuen Schwierigkeiten. Dabei fehlt es in der Konfektion sehr an Arbeitskräften. Der Nachwuchs an Schneidern und Zuschneidern ist gering. Alle diese Umstände hemmen die Produktion, was für einen schnellen Preisrückgang natürlich nicht förderlich ist. Sollten die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse stabiler werden, so wird er indes kaum ausbleiben.

Die Herren- und Damenwäschefabriken sind durch die ihnen in der Hausseeperiode zugegangenen grossen Bestellungen noch äusserst lebhaft beschäftigt. Auch bei diesen Fabriken hat die fallende Tendenz am Baumwollmarkt die Einkaufsfreudigkeit der Abnehmer plötzlich gelähmt. Dieser Zweig der Konfektion ist jetzt fast ausschliesslich auf die Verarbeitung von Baumwollwaren angewiesen und ihre ganz erheblich rückgängige Bewertung muss sich in der fertigen Wäsche früher kundgeben als es bei wollenen Artikeln der Fall sein wird. Heute kostet ein einigermassen gutes Oberhemd im Detailhandel 3—400 M., das noch vor einem halben Jahre mit etwa 80—120 M. bezahlt wurde. Das sind Preise, die einem grossen Konsum nicht aufkommen lassen. In gleichem Verhältnis haben sich die Kosten für alle anderen Wäscheartikeln erhöht. Wenn auch die Wäschekonfektion heute mit recht wesentlich erhöhten Löhnen und Spesen rechnen muss, so wird sich späterhin doch durch herabgesetzte Preise der Webwaren eine Verbilligung der Wäscheartikel ergeben. Vorläufig jedoch sind die gebrauchten Stoffe durch den vorhergegangenen Aufkauf knapp geworden und noch ebenso teuer wie bisher. Die Wäschefabrikanten sehen daher gegenwärtig von neuen Dispositionen ab, ähnlich verhalten sich deren Abnehmer, die Gross- und Einzelhändler, und schliesslich ist auch das Publikum in seinem Wäscheeinkauf zurückhaltend geworden. Alles wartet heute auf niedrigere Preise, die nicht sofort, aber doch in absehbarer Zeit kommen werden.

*** Nachträgliche Preiserhöhungen und Vertragsannullierungen!** Aus Einzelhandelskreisen wird uns geschrieben: Zu den in der gestrigen Abendnummer unter dieser Ueberschrift gebrachten Mitteilungen, die sich, das darf wohl verraten werden, auf die Fabrikantengruppe für Herrenstrohhüte beziehen, sei hier noch zur Ergänzung mitgeteilt, dass auch in der Damenhutbranche durch die massgebliche Vereinigung, die übrigens unter der gleichen Leitung steht wie der Verband der Herrenstrohhutfabrikanten, der Versuch gemacht wird, eine nachträgliche Preiserhöhung auf die erst in den letzten Monaten erteilten Aufträge unter allen Umständen zu erzwingen. Es wird zwar von den befeiligten Abnehmerverbänden verlangt, ihren Abnehmern zu „empfehlen", einen Aufschlag zu bewilligen; wird aber dieser Aufschlag nicht bewilligt, so tritt laut Verordnung der betreffenden Verbandsdiktatur (siehe Rundschreiben vom 8. 12. 21) folgende Bestimmung in Kraft:

a) „Kein Kunde, weder Grossist, noch Detailleur, darf beliefert werden, wenn er den 10proz. Aufschlag nicht bewilligt.

b) Die Mitglieder sind verpflichtet, jede endgültige Weigerung eines Kunden sofort der Verbandsleitung zu melden. Die Gesamtheit der Mitglieder hat nicht die Absicht, derartige Kunden mit Ware zu versorgen. Wenn also von einem Kunden bei einem Mitglied die Bewilligung der 10 pCt. verweigert wird, so sollen auch die übrigen Mitglieder nicht das Recht haben, einen solchen Kunden zu beliefern, gibst wenn er anderen Lieferanten die 10 pCt. bewilligt hat."

Also eine Aufforderung zum Vertragsbruch in derbrassesten Form. In dem gleichen Rundschreiben wird ausdrücklich ausgesprochen, dass infolge der Verschiebung der Voraussetzungen der Kalkulation eine so grundlegende Aenderung eingetreten sei, dass von einer Lieferungsverpflichtung nicht mehr die Rede sein könnte. Und das, um 10 pCt. mehr herauszuholen! Wo bleiben da die so oft gerühmten Begriffe von Treu und Glauben im deutschen Geschäftsverkehr?

*** Die heutige Generalversammlung der AEG** wurde geleitet von Herrn Karl Fürstenberg (Berliner Handelsgesellschaft) an Stelle des ausscheidenden Dr. Walter Rathenau. Die turnusmässig ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrates wurden sämtlich wieder und der ausgeschiedene Dr. Walter Rathenau in den Aufsichtsrat neu gewählt. Anwesend waren 177,579 Mill. M. Stammaktien mit 710 316 Stimmen und 109 284 Mill. M. Vorzugsaktien mit 218 565 Stimmen. Von Aktionärseite wurde die Bilanz einer eingehenden Prüfung unterzogen, um Aufzuhlen, dass die Höhe der Dividende nicht mit dem glänzenden Abschluss übereinstimme. Während die Bilanzzahlen sich bedeutend erhöht hätten, sei die Dividende nur um 2 pCt. gestiegen. So sei z. B. die Endsumme der Bilanz von 1½ Milliarden auf 2,27 Milliarden gestiegen, die Bankguthaben von 26 auf 658 Mill. M. Inventar, Patente usw. ständen nur mit 36 M. zu Buche. Die Reserven seien um 300 pCt. auf 288 Mill. M. gestiegen. Die Tantiemen haben sich verdoppelt, und die Zuwendungen an Wohlfahrtseinrichtungen haben sich fast verdoppelt. Der Aktionär sprach die Hoffnung aus, dass im nächsten Jahre auf die Aktionäre mehr Rücksicht genommen werden würde. Ein zweiter Redner wies auf die stillen Reserven der Gesellschaft hin. Rohmaterial, Halbfabrikate, Waren seien nach seiner Schätzung nur mit etwa 25 pCt. ihres Wertes eingesetzt. Bei dem in der Bilanz angeführten Besitz der Gesellschaft an Aktien anderer Gesellschaften ergibt sich eine Reserve von etwa 430 Millionen aus der Differenz der Summe, mit der er in der Bilanz angesetzt ist und seinem heutigen Wert zu Börsenkursen. Herr Fürstenberg wies darauf hin, dass die Grundlage der ganzen Geschäftsführung der A. E. G. die Abschreibungen der Maschinen, Werkzeuge und Modelle auf 1 M. und die Minderbewertung von Gebäuden sowie Grund und Boden sei. Die stillen Reserven stammten aus Tauschgeschäften, die man abgeschlossen habe, um das Unternehmen zu stärken, unabhängiger zu machen und sich den Kreis der Abnehmer zu sichern. Die Dividendenpolitik sei abhängig von der Geschäftspolitik und die Geschäftspolitik gehe darauf hinaus, für andere Zeiten, die kommen könnten, vorzusorgen. Zum Antrage der Verwaltung auf Erhöhung des Grundkapitals bemerkte Herr Fürstenberg, dass die Gesellschaft Mittel zur Verfügung haben wolle, um neue günstige Tauschgeschäfte zu machen. Die Aktionäre dürften das Vertrauen zum Vorstand haben, dass er die Ausdehnung der Gesellschaft nach gesunden Richtlinien vornehmen würde. Einstimmig wurde beschlossen, das Grundkapital um bis zu 250 Mill. M. auf 1,1 Milliarde zu erhöhen, wobei das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen bleibt und Aufsichtsrat und Vorstand ermächtigt werden, bis zum 31. Dezember 1922 Zeitpunkt und jedesmaligen Betrag der Ausgabe, Begebungsbedingungen usw. festzusetzen. Ueber die Aussichten befragt, verwies Herr Fürstenberg auf den Geschäftsbericht.

*** Elektrotechnische Fabrik Rheydt Max Schorch & Co., Akt.-Ges.,** Rheydt. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 10 pCt. fest. Die beantragte Erhöhung des Aktienkapitals von 15 auf 19,5 Mill. M. wurde genehmigt. Die jungen Aktien werden von der Deutschen Continentalen Gasgesellschaft, Dessau, übernommen, und zwar zum Kurse von 190 pCt., zuzüglich der Kosten der Ausgabe.

*** Eisenwerke Gaggenau Akt.-Ges.** in Gaggenau. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 12 pCt. fest. In Beantwortung einer Anfrage teilte der Vorstand mit, dass der Geschäftsgang recht gut sei und der vorliegende Bestand an Aufträgen volle Beschäftigung für mehrere Monate biete.

*** Anker-Werke Akt.-Ges.,** Bielefeld. In der ausserordentlichen Generalversammlung wurde der Antrag der Verwaltung auf Ausgabe von 1 Mill. M. Vorzugsaktien mit 6proz. Vorzugsdividende sowie zehnfachem Stimmrecht abgelehnt, da der Vertreter der Berliner Bankfirma Carsch, Simon & Co. mit 1035 Aktien dagegen stimmte und so die erforderliche Dreiviertelmehrheit nicht erreicht wurde. Darauf zog die Verwaltung ihren weiteren Antrag auf Ausgabe von 3 Mill. M. neuer Stammaktien, die von einem Konsortium zu 100 pCt. übernommen und an die bisherigen Aktionäre im Verhältnis von 3 : 4 zum Kurse von 118 pCt. abgegeben werden sollten, zurück. Ein Gegenantrag des Vertreters der genannten Berliner Bankfirma, 4 Mill. M. neue Aktien auszugeben, die von der Bankengruppe zu 125 pCt. übernommen und den bisherigen Aktionären im Verhältnis von 1 : 1 zu 150 pCt. angeboten werden sollten, wurde mit 2203 gegen die 1035 Stimmen des Antragstellers abgelehnt. Eine weitere Forderung der Bankfirma Carsch, Simon & Co., sie mit 25 pCt. an dem Uebernahmekonsortium zu beteiligen, wurde von dem Antragsteller vor der Abstimmung zurückgezogen.

*** Roland-Linie Akt.-Ges.** in Bremen. Die Generalversammlung beschloss die beantragte Kapitalerhöhung um 56 Mill. M. Stammaktien und 20 Mill. M. Vorzugsaktien, die mit 6 pCt. Vorzugsdividende und dreifachem Stimmrecht bei bestimmten Anträgen ausgestattet sind. Von den Stammaktien dienen 21 Mill. M. zur Uebernahme der Reederei und Seefahrt. 24 Mill. M. werden den Aktionären im Verhältnis von 1 : 1 zu 175 pCt. angeboten. Der Rest wird für Rechnung der Gesellschaft verwertet.

*** Julius Berger Tiefbau-Ges.** Die Gesellschaft beantragt bekanntlich eine Erhöhung des Aktienkapitals von 16 auf 40 Mill. M. Von den neuen Aktien werden der Verwaltung 8 Mill. M. zur Verfügung gehalten werden. Diese Aktien werden zur Erweiterung der Gesellschaft Verwendung finden. Es werden Verhandlungen mit anderen Gesellschaften geführt, die zur Vergrösserung der Berger-Gesellschaft führen sollen, u. a. auch mit der Döhring & Lehrmann Akt.-Ges. Diese Verhandlungen befinden sich in einem vorbereitenden Stadium. Es lassen sich zurzeit weder über die Art der Transaktion Mitteilungen machen noch darüber, ob sie überhaupt zustande kommen wird.

*** Konkurseröffnung über die Bankfirma Bruno Basch & Co.** in Berlin. Wie wir kürzlich berichteten, wurde in einer ersten Gläubigerversammlung festgestellt, dass bei der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Bankfirma eine Unterbilanz von umeähr 40 Mill. M. vorhanden ist. Nunmehr ist über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Bruno Basch & Co. in Berlin beim Amtsgericht Berlin-Mitte Konkurs eröffnet worden. Verwalter ist P. Hardegen, Charlottenburg, Hardenbergstr. 24. (Anmeldefrist bis 16. Februar 1922. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 14. Januar 1922. Gläubigerversammlung 13. Januar, 12½ Uhr.)

*** Fried. Krupp Akt.-Ges.** In dem in der heutigen Morgenausgabe veröffentlichten Bericht über den Abschluss und die Kapitalerhöhung der Krupp-Ges. ist infolge eines Druckfehlers bemerkt worden, dass das Kapital auf 250 Mill. M. erhöht worden sei, während eine Erhöhung bis um 250 Mill. M. auf 500 Mill. M. von der Generalversammlung beschlossen worden ist.

*** Die Deutsche Volksbank** wird, wie von der Verwaltung mitgeteilt wird, Anfang Januar 1922 ihre erste öffentliche Bankstelle in Essen eröffnen. Die Essener Bankstelle wird den Postscheckspaverkehr für das ganze Deutsche Reich (?) leiten, ferner als Spar- und Bankstelle für Essen und Umgebung dienen und als solche den baren Spargeldverkehr, die Annahme und Verwaltung von Geldern in laufender Rechnung, den sog. Kontokorrentverkehr ,den Scheck-, Ueberweisungsverkehr sowie die Verwahrung, den An- und Verkauf und die Beleihung von Effekten übernehmen.

*** Deutsche Jürgenswerke Akt.-Ges.** in Hamburg. Die Generalversammlung beschloss die Erhöhung des Aktienkapitals um 300 auf 400 Mill. M. durch Ausgabe von 100 Mill. M. Stamm- und 100 Mill. M. Vorzugsaktien. Die neuen, ab 1. Januar 1922 dividendenberechtigten Aktien sollen zum Mindestkurse von 100 pCt. ausgegeben werden. Den Grund zur Erhöhung bilde die Entwerung der Mark und die notwendige Ausdehnung des Geschäfts. Das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres wurde als gut bezeichnet. Die Dividende sei mit zwölf pCt. für die Stammaktien und sieben pCt. für die Vorzugsaktien in Aussicht genommen.

*** Schleswig-Holsteinische Bank.** Die Generalversammlung beschloss die Erhöhung des Aktienkapitals von 25 auf 60 Mill. M.

*** Umrechnungskurse für die Ausfuhrabgabe** nach dem Stande vom 19. Dezember 1921 (gültig für die Zeit vom 21. bis 27. Dezember 1921). Holland 5500, Buenos Aires P. 48, Buenos Aires G. 110, Belgien 1100, Norwegen 2300, Dänemark 2900, Schweden 3300, Finnland 280, Italien 660, England 610, Amerika 150, Paris 1200, Schweiz 2800, Spanien 2200, Neu-Wien 6, Prag 190, Budapest 23. Ueber London ermittelte Kurse: Athen 610, Lissabon 1200, Alexandrien 630, Yokohama 7000, Rio de Janeiro 1900, Valparaiso 4900.

*** Vereinigte Glanzstoffabriken Akt.-Ges.,** Elberfeld. Die ausserordentliche Generalversammlung beschloss die Erhöhung des Aktienkapitals um 40 Mill. M. Stammaktien. Die neuen, ab 1. Januar 1922 dividendenberechtigten Aktien werden von einem Konsortium unter Führung der Deutschen Bank zu 130 pCt. übernommen und den bisherigen Aktionären zum Kurse von 150 pCt. im Verhältnis von 3:5 angeboten. Der ursprüngliche Verwaltungsantrag hatte einen Ausgabekurs von 200 pCt. vorgesehen. Ferner sollten nur 30 Mill. M. der neuen Aktien den bisherigen Aktionären im Verhältnis von zwei alten zu einer neuen Aktie angeboten und der Rest von 10 Mill. M. den Inhabern der Prioritätsaktien mit der Verpflichtung überlassen werden, sie nicht anderweitig zu veräussern. Der Antrag wurde jedoch auf Vorschlag von der Versammlung geändert, wobei u. a. darauf hingewiesen wurde, dass der Schutz gegen Ueberfremdungsgefahr durch Heraufsetzung des bisherigen zweifachen Stimrechts der Prioritätsaktien auf das vierfache erreicht werden könne. Die Kapitalerhöhung wurde begründet mit der Notwendigkeit der Verstärkung der Betriebsmittel infolge der Geldentwertung und der Ausdehnung der Fabrikation, wozu die Errichtung neuer Fabrikationsstätten erforderlich sei. Das Unternehmen sei reichlich mit Aufträgen versehen. Obwohl die Gesellschaft die Preise niedrig halte, werde man doch in der Lage sein, für das laufende Jahr ein befriedigendes Ergebnis auch auf das erhöhte Aktienkapital erzielen zu können.

*** Physikalische Werkstätten Akt.-Ges.,** Göttingen. In der Generalversammlung wurde die Erhöhung des Stammkapitals von 2,1 auf 4,1 Mill. M. beschlossen. (Ausgabekurs 135 pCt. für die bisherigen Aktionäre, 185 pCt. für neu hinzutretende.) Das Unternehmen ist bis in den Herbst nächsten Jahres durch langfristige lohnende Aufträge für alle Abteilungen voll beschäftigt.

*** Neue Aktiengesellschaften.** Unter der Firma Nordeutsche Automobilfabrik Akt.-Ges., Hamburg, wurde eine Automobilfabrik mit einem vorläufigen Aktienkapital von 5 Mill. M. gegründet. — In Leipzig hat sich eine neue Aktiengesellschaft unter der Firma Zieger & Wiegand Akt.-Ges. mit einem Grundkapital von 1,5 Mill. M. gebildet. Die Aktiengesellschaft wird die Gummiwarenfabrik Zieger & Wiegand in Leipzig übernehmen. — Unter der Firma August Wehl & Sohn Lederfabrik Akt.-Ges. in Celle wurde mit 5 Mill. M. Aktienkapital eine neue Aktiengesellschaft gegründet.

*** Hochöfen und Stahlwerke Rümelingen — St. Ingbert i. Liqu.** Die am 15. Dezember abgehaltene Schlussitzung der durch Uebergang des gesamten Besitzes an die Hüttengesellschaft Hadir zu Differdingen in Liquidation getretene Rümelinger — St. Ingberter Gesellschaft verlief ziemlich bewegt. Der Rechnungsbericht der Liquidation wurde mit 390 gegen 4 Stimmen angenommen. Mit 388 gegen 6 Stimmen wurde beschlossen, von einem Prozess gegen die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hüttengesellschaft zu Rochum, zu dem eine frühere Generalversammlung die Liquidateure ermächtigte, Abstand zu nehmen. Es bandelte sich, wie wir seinerzeit berichteten, darum, von Deutsch-Luxemburg die Auszahlung der Dividende von 80 Fr. vom Rechnungsjahr 1919/1920 zu verlangen.

Der französische Aussenhandel Januar—November 1921. Nach der von der Zollverwaltung veröffentlichten amtlichen Aussenhandelsstatistik betrug die französische Einfuhr in den ersten elf Monaten des laufenden Jahres 30 394 290 000 Fr., das sind 5 061 779 000 Fr. weniger als im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres. Die Ausfuhr stellte einen Wert von 19 370 781 000 Fr. dar, das heisst 5 256 061 000 Fr. weniger als im vergangenen Jahre. Dem Gewicht nach hat Frankreich in den ersten elf Monaten 1921 32 776 570 To. eingeführt, das sind 12 399 959 To. weniger als in gleichen Zeitraume des Vorjahres. Das Gewicht der Ausfuhr belief sich auf 13 459 951 To., d. h. auf 1 896 439 Tonnen mehr als im Jahre 1920.

*** Die Besserung der Lage in der holländischen Textilindustrie** wird, wie „Das Wollarchiv" berichtet, auf die Tatsache zurückgeführt, dass Deutschland die Auslandsaufträge in Textilwaren infolge Leerhaltung der Mark vollständig ausführen kann. Vor allen Dingen handelt es sich um kurzfristige Bestellungen.

*** Abschwächung am Devisenmarkt.** Im Devisenverkehr machte sich heute wieder eine allgemeine Abschwächung geltend. Der Dollar wurde mit ca. 170—172 bewertet. — Der Effektenmarkt ist fast völlig geschäftslos. (Vergl. Kursblatt 4. Seite).

*** Berliner Produktenverkehr.** Das Produktengeschäft bleibt ausserordentlich still, und auch der weitere Rückgang der Devisen hat sich in den Preisen des ausländischen Getreides zum Ausdruck gebracht, in Anbetracht angesichts der herannahenden Weihnachtsfeiertage und des Jahresschlusses ausserordentlich lebhaft. Beim Weizen liesse sich genügend kaufen, da es für diesen an Angebot nicht mangelte. Vereinzelte Frage gab sich für schlesische Mühlen kund, die hier billiger als in der eigenen Umgebung zu kaufen scheinen. Beim Roggen waren die Anfragen für Inlandsgewerbe die Preislage, doch war immerhin die Situation mittags noch weniger fest als vorher. Gerste ist in den Forderungen nachgiebiger und der Verkauf bleibt besonders für mittlere und geringere Sorten ziemlich schwierig. Von Hafer ist das Angebot zurückhaltend, so dass hieran grösserer Umsatz scheitere. Mais war für Mixedware infolge des rückgängigen Dollars billiger zu kaufen; dagegen fehlt am Platz das Angebot von Platamais, welcher für den Konsum vielseitig gesucht wird. Das Mehlgeschäft bleibt nach wie vor lustlos, noch mehr ist das für Hülsenfrüchte der Fall. Auch an Oelsaaten besteht wenig Begehr. Kleie und Futterartikel bleiben sehr ruhig.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 340—358, matter, Roggen, märkischer 280—275, flau, Sommergerste 360—350, matter, Hafer, märkischer 280—274, matter, Mais ohne Prozentenzangabe, Dezember 270—275, flau, Weizenmehl pro 100 kg 800—780, feinste Marken über Notiz bezahlt, still, Roggenmehl pro 100 kg 660—720, still, Weizenkleie 187—190, still, Roggenkleie 190—192, still, Raps 580—590, matt, Lupinen, blaue 215—220, geibe 240—250, Rapskuchen 265—270, Leinkuchen 340—350, Trockenschnitzel prompt 175.

Kartoffelnotierungen (amtlich) pro 50 kg. Erzeugerpreis ab märkischen Stationen, Grosshandelspreis frei Berlin: Speisekartoffeln, weisse und rote 87—80 M. Geschäftslos.

Heutnutter. (Preisnotierungskommission des Fachausschusses der Handelskammer.) Grosshandelspreis pro 50 kg ab Station: drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 32—35 M., desgl. Haferstroh 43—45 M., bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 28—31 M., gebündeltes Roggenlangstroh 30—32 M., loses und gebündeltes Krummstroh 24—25 M., Hacksel 41—43 M., handelsubl. Heu 90—98 M., gutes Heu 102—108 M., Kleeheu 120 bis 130 M.

*** Schuhbörsenbericht** der Berliner Montags-Schuhbörse vom 19. Dezember. Angebot in fast allen Artikeln gross. Nachfrage nach warmer Ware und Strassenstiefeln sehr rege. Preise für Lederware niedriger, Winterware fest. Umsätze bei fest allen Ausstellern sehr lebhaft. Besuch vorzüglich, auch das Ausland vertreten.

Metallpreise in Berlin (für 100 kg in M.)	20. Dezemb.	19. Dezemb.
Feststellung der Vereinigung für die deutsche Elektrolytkupferwirebars	Elektrolytkupfernotiz: 3508	6036
Notierungen der Berliner Metallbörse:		
Raffinadekupfer, 99—99,3 pCt.	4650—4750	4700—4800
Originalhüttenweichblei	1950—2000	1950—2000
Originalhüttenrohzink, Preis im freien Verkehr	1950—2000	1950—2000
Originalhüttenzinkblech (Preis d. Zinkhüttenverbandes)	2950	2950
Remelted-Plattenzink v. handelsübl. Beschaffenh.	1500—1600	1500—1600
Originalhüttenaluminium, 98—99 pCt., in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren	7800	7700
desgl. in Walz- oder Drahtbarren, 99 pCt.	7700	7600
Banka-, Straits-, Australzinn in Verkäuferswahl	19800—19900	19200—19400
Reinzinn, mindestens 99 pCt.	19300—19700	18900—19100
Reinnickel, 98—99 pCt.	11000—11200	11000—11200
Antimon-Regulus	1900—1950	1950—2000
Silber in Barren, ca. 1000 fein	3050—3125	2850—2900

London, 19. Dezember. Kupfer Kasse 66⅝ (18. 12.: 66⅝), per 3 Monate 67¼ (67⅝). Elektrolytic 74½—75½ (74½—76). Best selected 68 bis 70 (68—70). Strongsheets 98 (98). Zinn fur Kasse 172⅝ (174⅝), per 3 Monate 174⅝ (176⅝). Blei nahe Sichten 25½ (25⅝), entfernte Sichten 24⅝ (24⅝). Zink nahe Sichten 27⅝ (27⅝), entfernte Sichten 27⅝ (27⅝). Aluminium für Inland 120 (120), für Ausland 125 (125). Antimon Regulus 58 (58). Weissblech loko 20/9 (20/9). Quecksilber 10⅝ (10⅝). Nickel für Inland 185 (185), ab. Werk Ausfuhr 185 (185). Wolfram-Erz 12 (12). Platin 400 (400). Silber 35⅝ (35⅝), auf Lieferung 35½ (35⅝). Gold 98/1 (98/10).

*** Alexandria,** 19. Dezember. Baumwolle Januar 40,40, März 41½, Dezember 31,50, Februar 31,75.

*** New-York,** 19. Dezember. (Privat-Funkspruch.) An der Effektenbörse zeigte sich für Eisenbahnaktien lebhafte allgemeine Kauflust, dagegen waren Industriepapiere gedrückt. Die in letzter Zeit lebhaft schwankenden Oelwerte lagen anfangs fest, gingen aber gegen Schluss stark im Kurse zurück, da sich Liquidationsneigung geltend machte. Die Börse schloss unregelmässig. An Aktien wurden 750 000 Stück umgesetzt. — Die Mark war heute wieder wesentlich fester. Sie notierte anfangs 0,24 G. bzw. 0,34⅝ Br. Um 10½ Uhr war ein Rückschlag auf 0,38½ bzw. 0,38¾ zu konstatieren. Der Kurs ging dann bis auf 0,36, um später bis auf 0,33 nachzugeben. Der Schluss entsprach der Anfangsnotiz 0,34. An der Nachbörse kam ein Kurs von 0,33 bzw. 0,33¼ zustande.

Der Kurszettel der gestrigen Börse wird in der heutigen Abendausgabe in ergänzter und revidierter Form noch einmal abgedruckt. An derselben Stelle befindet sich auch der Bericht über den heutigen Börsenfreien Tag.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Bekanntmachung.

In der ausserordentlichen Generalversammlung unserer Aktionäre vom 19. Dezember 1921 wurde Folgendes beschlossen:

I. Das Stammaktienkapital ist um Mark 86 000 000.— d. i. von 114 Millionen Mark auf M. 200 000 000.— zu erhöhen durch Ausgabe von 86 000 Stück auf Namen lautende Stammaktien zu je M. 1000 grundsätzlich mit den bisherigen Mark-Stammaktien gleichberechtigt, höchstens sich unter Umständen durch einen geringeren Anteil am Gewinne des Jahres 1922 von ihnen unterscheidend.

2. Die neuen Stammaktien werden unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre von einem Konsortium übernommen; den bisherigen Stamm-Aktionären sind jedoch Mark 57 000 000.— neue Stammaktien im Auftrage dieses Konsortiums durch die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank zum Uebernahmskurse in der Weise zum Bezuge anzubieten, dass auf je 2 alte Aktien à M. 1000.— eine neue, oder auf je 7 alte Aktien à fl. 500.— drei neue Aktien à M. 1000.— entfallen.

3. Diese Erhöhung des Grundkapitals soll binnen Jahresfrist durchgeführt werden. Innerhalb dieser Frist den Zeitpunkt der Durchführung zu bestimmen, bleibt der Direktion zusammen mit dem Aufsichtsrate überlassen.

4. Direktion und Aufsichtsrat werden zusammen ermächtigt, die näheren Bestimmungen über den Emissionstermin, den Emissionskurs, die Einzahlungsfrist, den Beginn der Dividendenberechtigung der neuen Aktien, über die Verbindung mit dem Konsortium und die sonstigen Modalitäten der Grundkapitalserhöhung zu treffen, und beauftragt, für die notwendige öffentliche Bekanntmachung zu sorgen.

Dem Konsortium ist der den Stamm-Aktionären anzubietende Teil der neuen Stammaktien nicht unter 250 %, der übrige Teil der Stammaktien nicht unter 100 % zur freihändigen Begebung zu überlassen, und zwar mit der Verpflichtung, die sämtlichen Unkosten der Emission der neuen Aktien einschliesslich der Börseneinführung zu bestreiten und am verbleibenden Gewinne die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank nach Massgabe der mit ihr zu treffenden Vereinbarung zu beteiligen.

Die Uebernahme der neuen Stammaktien durch das Konsortium ist erfolgt. Der Beschluss über die Erhöhung und die erfolgte Erhöhung des Grundkapitals ist bereits in das Handelsregister eingetragen.

Auf Grund der obigen Beschlüsse laden wir hiermit im Auftrage des Uebernahme-Konsortiums die Stamm-Aktionäre ein, ihr Bezugsrecht auf die den Stamm-Aktionären anzubietenden M. 57 000 000.— Stammaktien unter folgenden Bedingungen auszuüben:

I. Die Ausübung des Bezugsrechtes muss erfolgen in der Zeit
vom 28. Dezember 1921 bis einschliesslich 12. Januar 1922 während der üblichen Schalterstunden
in München in unserem Bankgebäude (Zimmer 62) an der Theatinerstr. 11,
in Augsburg bei der Bayerischen Disconto- & Wechsel-Bank und bei der Bayerischen Notenbank-Filiale,
in Berlin bei der Direction der Disconto-Gesellschaft und bei Hardy & Co. G. m. b. H.,
in Frankfurt a. M. bei der Direction der Disconto-Gesellschaft,
in Hof bei dem Bankhause Karl Schmidt,
in Landshut bei unserer eigenen Filiale,
in Nürnberg bei der Bayerischen Disconto- & Wechsel-Bank,
bei der Bayerischen Notenbank-Filiale und bei dem Bankhause Anton Kohn.

Mit dem 12. Januar 1922 erlischt dieses Bezugsrecht; später einlaufende Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

II. Auf einer alten Stammaktie zu M. 1000 ruht ein Bezugsrecht in Höhe von 7/14, auf einer alten Stammaktie zu fl. 500 ein solches von 6/14.

III. Zur Ausübung des Bezugsrechtes ist derjenige befugt, welcher die Aktie vorzeigt und sein Besitzrecht aus dem Inhalt derselben nachweist. Die Bank ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, das Besitzrecht des Vorzeigers zu prüfen.

IV. Die Aktien sind ohne Kuponsbogen mit einer unterschriebenen Zeichnungserklärung, zu welcher Formblätter zur Verfügung stehen, einzureichen. Die Aktien werden nach Abstempelung über Ausübung des Bezugsrechtes sofort zurückgegeben.

Die Zeichnungserklärung muss Zahl und Nummern der eingereichten Aktien eventuell Bezugsrechtscheine arithmetisch geordnet enthalten.

Falls die Umschreibung der neuen Aktien, welche auf den Namen des Bankhauses Merck, Fink & Co. ausgestellt und von diesem mit Blankozession versehen sind, gewünscht wird, ist der Name, auf welchen die neuen Aktien umgeschrieben werden sollen, nebst Stand und Wohnort anzugeben.

V. Der Kurs, zu welchem die neuen Aktien von den Aktionären bezogen werden können, beträgt **250 %**.

Die neuen Stammaktien nehmen am Gesamterträgnis der Bank pro 1922 voll teil.

Der ausmachende Betrag für die neuen Stammaktien ist pro Stück mit M. 2500.— sogleich voll einzuzahlen, worauf der Einreicher die neuen Aktien oder eine Bescheinigung über die anzusprechenden neuen Aktien erhält, gegen deren spätere Rückgabe die neuen Stammaktien nach Ausfertigung ausgefolgt werden. Bei Zahlungen, Wert vor dem 1. Januar 1922, werden den Zeichnern aus dem ausmachenden Betrag 4 % Zins bis 31. Dezember 1921 durch Abzug vergütet; bei Zahlungen, Wert nach dem 31. Dezember 1921, sind aus dem ausmachenden Betrag 6 % Zins ab 1. Januar 1922 durch Zuschlag zu die Bank zu vergüten.

VI. Bei Einreichung von Aktien, welche zusammen kein Recht auf eine oder mehrere neue Aktien in sich schliessen, werden den Aktionären für den verbleibenden Teilbetrag Bezugsrechtscheine ausgehändigt, ebenso erhalten diejenigen Aktionäre, welche die neuen Aktien nicht beziehen wollen, Bezugsrechtscheine.

Auch in diesem Falle ist das Besitzrecht aus dem Inhalte der Aktie nachzuweisen (wobei die Bank berechtigt, aber nicht verpflichtet ist, das Besitzrecht des Vorzeigers der Aktie zu prüfen); solche Aktien sind mit einem Verzeichnis, welches Aktienzahl und Nummern, sowie den Namen des Einreichers enthält und zu welchem Formblätter zur Verfügung stehen, einzureichen.

VII. Die Einreicher von 14/14 Bezugsrechten oder eines vielfachen hiervon, sowie diejenigen Einreicher, welche neben Aktien Bezugsrechtscheine zur Ergänzung der erforderlichen Bezugsrechtsanzahl besitzen, erhalten nach erfolgter Einzahlung die entfallenden neuen Stammaktien oder eine Bescheinigung über die anzusprechenden neuen Stammaktien.

Die Bezugsrechtscheine sind mit Ablauf des 12. Januar 1922 **ungültig und wertlos.**

München, 20. Dezember 1921.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Cigarren
Preiswert von meinem Steuerlager
Cig.-Grossdlg. G. Maquet (Kmf. 819).
Tempelhofer Ufer 1 N (Hall. Tor).
Gegründet Berlin 1896.

Ca. 800 Meter
Motorrad-Kettenkette,
3/8" Teilung, zu Tagespreisen sofort zu verkaufen. Angebote unter L. C. 6236 an Rudolf Mosse, Chemnitz.

Gelegenheitskauf.
5000 elektr. Hausglühlampen
(Fabrikat Siemens & Halske) im ganzen oder geteilt sehr preiswert abzugeben.
Elektrotechnische Fabrik S. Berkowitz & Sohn, Berlin-Schöneberg, Hauptstrasse 49.
Telegr.-Adr.: Grubenlicht-Berlin.

Westentaschen-Rasierapparate
zum Preise von Mk. 14.—
ca. 6000 Stück sofort abzugeben. Angebote unter N. P. 9587 an Rudolf Mosse, Nürnberg.
Muster gegen Voreinsendung des Betrages.

Wir offerieren ab unserem Lager Köln:
8000 engl. Schlafdecken,
grösse m. H. Fabr. Agfa 8 m N.N., Berlin S.19, Poetzter. 1/2.

Für Export!
Feldbahnlokomotiven,
600 mm Spur, 4/4 gef., mit Ausfuhrbewilligung, besonders preiswert abzugeben. Anfragen unter J. G. 9084 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Militärtuch
Original Sipo,
2800 Meter sofort greifbar.
F. M. Barschall A.-G.,
Berlin W. 8 Krausenstr. 8.

Radiatoren,
ungebraucht, 60 bis 250 W. s. qm sofort lieferbar. Wasserleitungsrohre, neu, 25 W.
F. Meyer, Ing., Langestr. 110.

3000 Schränke
echt Eiche und Mahagoni, in erstklassiger Arbeit, ca. 115—190 cm hoch,
zu vergeben.
Lieferungen: Mitte Februar beginnend, monatlich 400 Stück.
Angebote unter J. F. 4060 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

4000 St. Motorrad-Felgen
26"x2½, zu Tagespreisen sofort abzugeben.
Angebote unter L. C. 6236 an Rudolf Mosse, Chemnitz.

Messing- Bentilzapfschraube 1/2" Durchgangsschraube 1/2"
in prima schwerer Ausführung, ca. 350 g schwer
Mark 15.— p. Stück
ab Bogte ausgl. Verpackung,
liefern in größeren Posten
G. Alt & Co., Hamburg,
Merkur 1400 Sehr Bischof 30
Bullen 2044 Telegramm-Adresse
4 6921 „Blechmetall".

12000 Schlafdecken,
140x155 und ca. 1200 gr. eit Danzig sofort lieferb. off. preiswert.
G. Hofmann, Inh. v. Gyr, G. m. b. H.,
Charlottenburg, Giesebrechtstr. 5. Sigl. 13816.

Heissdampf-Verbund-Lokomobile
mit Landessaalen, Type VI 16400 — 600 PS.
gebaut von der Firma R. Wolf im Jahre 1916, samt 40 m hohem Kamin sofort unter vollster Fabrikgarantie lieferbar.
Anfragen unter Chiffre **„R. D. 7974"** an die Ann.-Exp. Firma A.-G., Prag II, Jindrisska 18.

Zum Betriebe von Dieselmotoren empfehle ich
Prima deutsches Gasöl, Zündöl
und
prima Steinkohlenteeröl
den Reichsvorschriften entsprechend.
Otto Blancke, Leipzig
Abteilung Teerprodukte
Eigener Kesselwagenbahnhof
Telefon-Nr. 3579, 3517, 6890, 8454
Telegramm-Adr.: Blancklag.

3000 St. Winter-Joppen
100 „ schwarze Eisenbahnermützen
la gefüttert, hat preiswert abzugeben
Heymann Kallmann
Berlin C. 2, Kaiser-Wilhelm-Str. 4.

Sofort abzugeben:
2 Revolverbänke
(Hesse & Wrede).
1 Pittler-Automat
Mod. A. T. I
15 mm Material-Durchgang,
1 Loewe-Schraub.-Automat
Mod. L 33a
10 mm Material-Durchgang.
Die Maschinen sind gebraucht, aber gut erhalten und ohne Triebwerken.
Gefl. Ang. unter L. Y. 8060 an die Exped. des Berliner Tageblatts erbeten.

Weihnachts-Gaben
— für Raucher. —
Anerkanntpreiswerte Qualitäten!

	Stückpreis
*Vollkraft, Favoritas....	M. 1.50
*Ovation, Aromaticos....	M. 2.00
*Compasion, Coronas chicas (Abbildung in Urgrösse)	M. 2.50
*Intenso, Deliciosos	M. 4.00
**Gloria, Excelentes finos, mit Ring.....	M. 6.00
**Wunderfrucht, Coronas extra finas, mit Ring.....	M. 8.00

* In Kisten zu 50 Stück.
** In Kisten zu 25 Stück.

Kistchen zu 25 und 10 Zigarren
mit und ohne Ringe, in grosser Auswahl.
Zigarren in Naturholzkisten.
Preiswerte Zigaretten
bekannter Fabriken.
Rauchtabake • Pfeifen
Sendungen von M. 500.— an portofrei innerhalb Deutschlands.
OTTO BOENICKE
BERLIN W 8 Französische Str. 21 Eckhaus der Friedrichstr.
Fernsprecher: Zentrum 1055, 8800,
Geschäftsstelle 1/2 8 bis 7 Uhr.

Tramaseidene
Damen-Strümpfe
nur reine Kiesewäre, vom Lager u. später abzugeben.
SIEGMUND SIMON
BERLIN W. 15, Kurfürstendamm 210.
Tel. Steinpl. 889.

1000 Flaschen
Bowlenwein,
per Fl. Mk. 10.—, 1000 Fl. Chemnitzer, mit Fl. Mk. 15.—, excl. Glas u. Steuer, ab Berliner Lager sofort abzugeben.
Rudolph, Schriftstr. 86.

---

10 000
Wollbecken, Kuns.-Köper, Hemdentuch, Zg.-Handschuhe
preiswert und greifbar.
C. Martius, Klosterstr. 47.

Entlassungs-
Anzüge, Ulster
zu kaufen gesucht.
Kiss, W. 57,
Zietenstr. 2, Aufz. 3720.

Geiselst.u.Haush.-Seifen für Wiederverkäufer.
Dreh u. Frank, Schartmüle-thal, Friedrichstraße 44.

Tüchtige Vertreter für Muster, Schinken, Fettgänse, verlangt an Geflügel- u. verarbeitendes Lebensmittelgeschäft.
Meyer, Kriebl, Magnitzerstr. 13.

---

1 Waggon verzinkte Eimer,
je 2000 Stück, 28 cm, 50 cm, handelsüblich schwere Werksware Mark, M. 32,50 u. M. 36,— ab Erzgebirge, sofort lieferbar gegen Akzeptleistung. Zwischenverkauf vorbehalten. Weitere Posten Eimer 26, 30 u. 33 cm kurzfristig lieferbar.
Gütestellung erbittet
Richard Koestner,
Bautzen.

Ausnahmeangebot:
Kubiste Zwischenwerkbarbeh. 5 Originalfiltern à ca. 90 kg pa. Kinel. Trockenzeigeln, b. Rig. à 50 Mk. ab hier. Kurt Seibel, Pegau i. Sa.

Dichtungsplatten
f. Rinderdrmf., Heißluft, Oele, Benz., Petrol, Gase, spez. 1,20, 1—/mm h., billig zu verk.
Preßkamer & Wagenus, Chem. Werke, Dresden.

El. Motor, Felschm., Ambos, Pfeifer-Gebläse, 1x200, verk. Toppel, Reinickendorfer Str. 81.

Zu verkaufen 150—180
Haus-Feuerspritz
mit Schlauch, Zerstäub., u. Behälter für 45 bis 50 Liter Wasser. Geeignet f. Lagerräume, Gärten usw.
Autmann,
Jobenstraße 1. M.

Wegen Dispositionsänderungen
abzugeben:

6000 kg G.-M.	180 mm	Durchm.
8000 „ „ „	190	„ „
10000 „ „ „	210	„ Mercant
30000 „ „ „	200	„ „
20000 „ „ „	190	„ „
20000 „ „ „	170	„ „
15000 „ „ „	160	„ „
4000 „ „ „	150	„ „
6000 „ „ „	135	„ „

Automobilfabrik F. Komnick,
Elbing.

Raster-Apparate,
ca. 1000 Stück mit je 10 Stück Ringen, verkäuf., optische Ausführung, ohne Etui, ab Lager verkäuf.
Rero-Werkzeug-Gef., Linkstr. 20, I.

7000 Gummi-Pelerinen,
à M. 70.—, bester Wetterschutz, gut erhalten, abzugeben. **E. Graef, Berlin,** Schwäbische Straße 19. Muster gegen Nachnahme.

---

4 Geldschränke
in verschied. Grössen, Qualitätsware, einzeln od. geschlossen preiswr. abzugeb. Besichtigung 10—12.
O. R. Nitsch, Lindenstr. 105.

Stoffe,
größere Lagerposten hat abzugeben zu billigen Preisen
Friedrich Fleischer,
Wm.-Wilmersdorf, Bonettichstr. 1.

Zu verkaufen ab Funhament Hamburg:
1 Dampfmaschine 60 PS., 1 Lichtdynamo Siem.-Schuckert, 2 fahrb. Kompressoren, 1 gutbeff. Verdampfmaschine (als Bruch). 1 Kente-Pinge, 1 Transmission, Kupferrohre alt, v. 1913. Interess. erb. m. Ang. b. Berl. Berg. Bin., Marburgerstr. 7.

Bettuben,
4 und 7 größere Posten, auch Restmengen billig prompt abzugeben.
Tanglin-Fabrik Berlin G. m. b. H.,
Berlin N. 39, Zeppelin Str. 14.

Scheuertücher,
8000 Stück, prima weiße und helle Ware, unter Fabrikpreis sofort greifbar.
Reinke, Emdener Str. 15, III. (10—2 Uhr.)

---

60 Zo. gestützte Faltbleche Nr. 19, 30 u. 21,
40 „ weiche Schwarzbleche Nr. 24, 11, Tafeln,
40 „ weiche Schwarzbleche, u. Stücke Nr. 24,
20 „ Stahlbleche, 1 mm für Koffertenfabrik, usw.
20 „ b. b. Kleinwandbleche Nr. 24,
15 „ weich gegläuterte Drahl, 1.6 mm,
30 „ verzinkte Bleche, 3—8 mm, gr. Formate, sofort lieferbar, zahlbar gegen Akzeptkr.
Anfr. u. **Lagerkarte Nr. 48, Berlin S.**

Ca. 1000 Paar
schwarze Stoff-Schnalle, weiß Flafutter, Lederfohle, verdeckte Naht, Abfatzleck, 36 bis 47, 300 Paar schwarze Stoff-Schnalle, weiß Futter, Rosshrcsoxs und Rosshrcsbeleg, Lederfohle, 3 Abfatzleck durchgenäht, 31 bis 42, sofort greifbar billig abzugeben.
Schuhfabrik.
Telephonruf: Humboldt 4586.

Damenwäsche und Schürzen.
Restposten preiswert zu verkaufen.
Schardt, Europäischer Hof.

Feldgraue Hosen von 100.— M. an,
Pilzli-Boler à 80.— M.
Stiefel-Hoppen schwer gefüttert, à 300.— M.
Tilo & Schachne, Hosenfabrik,
Berlin, Alte Schönhauserstr. 4, 9. II.

Kaufgesuche
sowie Gegenstände

Carbid, grobkörnig, kauf. i. jed. Menge. Metallwerke **B. Rudolph & Co., G. m. b. H.,** Altlebt. Zbtr.

Schreibmaschinen kauf. **Gebr. Weinlächle,** C. 19, Sendeliste, 3. Str. 15135.*

Gebr. Herrenfield.,
ganze Nachlässe kauf höchstbietend **Gebrüder,** Schlesischestr. 45. Mpl. 12155. Kommenbetrieb.

Piano ob. Flügel nicht Pianino, Pianos n. u. Stutzflügel.

Ob.- u. Untergarn
Nr. 40—80, weiß und creme, in fl. und gr. Posten zu kof. u. spät. Lieferung gesucht.
Wunderlich,
Berlin C. 2,
Spandauer Straße 31.

---

2 Ferndrucker,
ev. gebr., zu kauf. ges. Angeb. erb. u. Ch. G. 757 an Rudolf Mosse, Charlottbg., Kantstr. 34.

Pianos,
Flügel kft. zu höchstbiet. Preisen. Alter. Nienburgerstraße 1. Moabit 1310.

Runen-Rund-Schleifmaschine,
kleines Format, zu kaufen gesucht. **Gerlach & Gute,** Berlin S.42, Alterstraße 22.

Taubenuhren.
Wir kaufen u. neuen u. gebr. Taubenuhren, System Glasfaert & Berlin, Sorgfiff. Off. an **H. Korn,** Aachen, Eupenerstraße 1.

Woll, Decken,
Montierungs-Strümpfe, kauft **Emmerlowitz,** Brunnenstraße 118.

Klavier kauft sofort (gebl.) Kaufleb 8180.*

Klavier kauft sofort Mollenhoff 1154. (Gewerbl.) *

---

2 Drehstrom-Motore, 45 PS. und 75 PS., 50 Periodenzahl, für 220 bis 500 Volt Drehspannung sofort zu kaufen gesucht. Gefl. Angebote erb. unt. 13515 an **Ala-Haasenstein & Vogler, Berlin W. 35.**

Klavier,
Flügel kauft sofort **Bruder,** Gneisenstr. 18, Kurfürst 9289, Gewerbl.*

Wer liefert
Einrichtung
für
Maßschleiferei
zum Schleifen von Werkplatten Abm. 7 Angebote erbeten unter J. C. 15094 an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Postkarten
und andere Papiersorten wünscht zu kaufen direkt von Fabrik für Export nach Schweden. Antwort mit Muster und Offert. an
E. Bribera,
Flemmingsgatan 55 A.
Stockholm,
Schweden.

Schreibmaschinen
für Büro und Reisezucht Pfalzburg 4671.*

Schafwolle,
sofort greifbar, zu kaufen gesucht.
Dt. Kupferleder-Werke G. m. b. H.,
Bergedorf-Hamburg.

Säcke, Plane,
neu u. gebr., kauft jeden Posten zu höchst. Tagespreisen. **Sackgerhdl. Bremmer,** Dresdenstr. 22. Dumb. 1165.*

Erfahrene u. einflußreiche
indische Firma
mit ausgezeichneten Bankreferenzen,
sucht Lieferanten von deutschen
Webwaren
aller Art,
Maschinen
u. allgem.
Exportartikeln.
Zuschriften in Englisch erbeten an
Shib Shankar & Co., Kurze Altgraeben, Amritsar, Brit. India.

Zu kauft.
Büro-Artikeln
erbittet schriftl. billigste Offerte. **M. Reinke,** Meyerbeerstr. 1.

Flügel
und Pianos zu kaufen gesucht. Off. u. Pf. G. 2136 bef. **Rudolf Mosse,** Leipziger Str. 105.

Elektromotor
440 Volt, 12—15 PS. ob. 25—30 PS. kauft
Chr. Lehmann, Berlin S.59, 16 Kopenicker Str. 55.

Lagerposten schwarzer Randlitzings und glatter Fittings
zu kaufen gesucht.
Lagerlistern u. Off. erbet. unter **K. P. 3565** an Rudolf Mosse, Köln.

Sind Kassa-Käufer großer
Lager-Posten
Maschinen
für
Holz-, Eisen-, Papier- und Werkzeug-Fabrikation.
Suchen ferner Wäscherei-, Haushalts- und Kontorbedarfs-Maschinen, Näh-, Schreib- und Rechenmaschinen, wenn sofort greifbar. Gefl. kurzfristige Lieferungs-Verträge. Eilofferten an
Carl Josef Bollig & Co., M.-Gladbach,
Speicherstraße 37.
Telegramm-Adresse: Cibuca.

Gerüste Firma
sucht
größere Posten von
Werkzeuge
Pionierspaten
Frankfurter Schaufeln Nr.
Kreuzhacken.
Offerten unt. B. Z. 5545 an Rudolf Mosse, Breslau.

Für Einfuhr nach
Rußland
gesucht große Partien von landwirtschaftl. Maschinen u. Geräten, sowie hauptsächlichste Lebensmittel.
Ausführliche Angebote erbeten: **Riga, Lettland, Postfach Nr. 568.**

Suche für den Export
mit Ausfuhrbewilligung prompt liefer
Fleischhackmaschinen, Gewölfe u. Wiegemaschinen, Tischfleischsäge u. ähn.
Getreidemaschinen, Bäckereien.
Geschätzte Offerten sind zu richten an
Otto Gaspon, Berl. Hohenzollernstr. 6.

Artikel in Manufaktur u. Trikotag
kauft
dänischer Kaufmann,
zurzeit in Berlin anwesend. Offerten in Muster partien mit Ausführerlaubnis persönlich erbeten an **Hermanien, Berlin,** Friedrichstr. 244 (Hotel), Mittwoch 10—13 U.

Gewichte,
eiferne, von 500 Gramm bis 10 Kilo, sowie auch Messinggewichte, gesucht, größere Posten sofort zu kaufen gesucht
G. & L. Hergershausen, Berlin,
Taubenstraße 18.

Gummi-Bälle
Großes Exporthaus
bittet sofort um Offerte
in Gummibällen
mit äußersten
Conditionen
für sehr große Quantitäten.
Briefe unter **K. M. 3560** befördert
Rudolf Mosse, Köln.

Glashandlung in Rotterdam
wünscht eine
Anstalt für Bleiverglasung u. Glasmalerei zu gründen
und bittet um Angebote zur Betriebseinrichtung, wie
Öfen, Bleimaschinen, Elektro-Motoren usw.
Firma ist auch nicht abgeneigt, eine in Deutschland gegründete Anstalt zu übernehmen od. sich daran zu beteiligen. Off. unt. Ia. 4424 an Oetar. Elsner, Ann.-Exp., Hamburg.

Einige
Mörtelmischmaschinen
modernster Bauart für Kalkmörtel werden
zu kaufen gesucht.
Detailliarte Off. erbeten unter: **„Baunehmen F. V. 2376"** an **Rudolf Mosse, Prag II, Václ. nám. Palais Koruna.**

Haar mit Wolle,
einige Waggons, zu kaufen gesucht.
Siegmund Alsberg, Elberfeld.